

Jahresbericht

2014

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
53113 Bonn

Telefon: (0228) 73-1891, -1810
E-Mail: sekretariat.zeia@uni-bonn.de, imaldona@uni-bonn.de
Web: www.zei.de

Bonn, im März 2015

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Wissenschaftliche Orientierung des ZEI	4
ZEI Strukturen	5
Forschung	6
Regieren und Regulieren in der Europäischen Union.....	7
Die Zukunft der Europäischen Union.....	7
Regulierung und Wettbewerbsrecht	13
Die Gestaltung der Globalität in Europa	19
Vergleichende regionale Integration	22
Regionale Integration weltweit.....	22
Strategische Partnerschaft – Europäische Union und Afrika	22
Forschungskooperation ZEI – West Africa Institute (WAI).....	24
Graduiertenausbildung	35
Lehre	37
Publikationen	39
Veranstaltungen	47
Vorträge, Interviews, Konferenzteilnahmen	48
Mitarbeiter und Fellows	55
Kooperationspartner des ZEI	58

Vorwort

2014 war mit der Einsetzung der neuen Europäischen Kommission nach der Europaparlamentswahl ein Jahr des Übergangs für die Europäische Union, in der vor allem der Ukraine-Konflikt und die Beziehungen zu Russland, die gemeinsame Asylpolitik sowie die Eurokrise durch die Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands neben den personellen Neubesetzungen die Tagespolitik dominierten. Gleichzeitig zeigte der politische Kampf um den Posten des Kommissionspräsidenten, den letztlich Jean-Claude Juncker gewinnen konnte, wie einflussreich die Europäische Union mittlerweile ist und auch wahrgenommen wird.

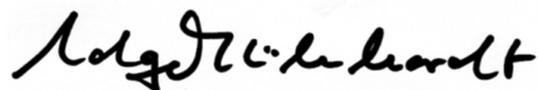
2014 konnte das ZEI den erfolgreichen Abschluss des 16. Studienjahrgangs des Master of European Studies feiern, dessen Absolventen sich in die Reihe von unterdessen mehr als vierhundert ZEI-Absolventen des Studiengangs einreihen. Seit dem Studienjahr 2013/2014 wird er mit dem Schwerpunkt „Governance and Regulation“ unterrichtet. Die ungebrochene Nachfrage, die zu einer beachtenswerten „Class of 2014“ geführt hat, zeigt die Richtigkeit der Weichenstellung am ZEI. Mit den beiden Schwerpunkten „Regieren und Regulieren in der EU“ korrespondiert das Forschungsprofil des ZEI. Daneben wurde auch die zweite Säule der ZEI-Forschung vorangetrieben: die vergleichende regionale Integrationsforschung. In Verbindung mit dem sehr exponierten bi-kontinentalen Kooperationsprojekt des ZEI mit dem West Africa Institute (WAI), das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über mehrere Jahre finanziert wird, konnte das ZEI seine weltweite Präsenz weiterhin ausbauen.

All dieses war nur möglich aufgrund des überdurchschnittlichen Engagements der ZEI-Mitarbeiter – der wissenschaftlichen wie der nichtwissenschaftlichen – sowie der fortwährenden Unterstützung der Freunde des ZEI, wo nötig auch in Verbindung mit konstruktiver Kritik. Einer Europäischen Union, die nach Zeiten der Ungewissheit und des Übergangs zu neuen Ufern aufzubrechen strebt, möchte das ZEI auch in den kommenden Jahren ein wissenschaftlicher und beratend-praktischer Partner sein. Wie die Weichen dafür im Berichtszeitraum 2014 gestellt wurden, darüber gibt dieser Bericht Rechenschaft.

Bonn, den 14. März 2015



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Wissenschaftliche Orientierung des ZEI

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) leistet zukunftsorientierte Forschung zu unbewältigten Fragen der europäischen Integration und zur Rolle Europas in der Welt. Die Forschungen – vorwiegend in politik- und in rechtswissenschaftlicher Perspektive – sind anwendungsorientiert und mit innovativen Wissenstransfers verbunden.

Derzeit orientiert das ZEI seine Forschungsarbeit an zwei Fragestellungen:

- Regieren und Regulieren in der Europäischen Union
- Vergleichende regionale Integration

Am ZEI können postgraduierte Studenten in internationaler Atmosphäre einen weiterbildenden englischsprachigen Master in European Studies mit Schwerpunkt in den Bereichen des Regierens und des Regulierens erwerben. Eine internationale Fakultät garantiert höchsten akademischen Standard sowie vielfältige Methoden und Sichtweisen auf Politik, Recht und Wirtschaft. Experten aus der Praxis und Exkursionen zu den Entscheidungszentren der europäischen Politik helfen mit, einen exzellenten Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Das ZEI besteht seit 1995. Seinem Gründungsauftrag liegen das Bonn-Berlin-Gesetz und ein Beschluss des Senats der Universität Bonn zugrunde.

ZEI Strukturen

Website

Das Webangebot des ZEI (www.zei.de) bietet Informationen über Einrichtungen, Mitarbeiter, Forschungsvorhaben, Ausbildungsgänge und Veranstaltungen des ZEI sowie Volltexte und Abstracts von Publikationen, die von interessierten Besuchern heruntergeladen werden können. Besonders gefragt sind hierbei die ZEI Discussion Paper, der ZEI Regional Observer und der Future of Europe Observer. Ebenfalls ist eine deutliche Zunahme bei der Resonanz auf der ZEI-Facebook-Seite zu registrieren. Die Logdateien des Webservers werden regelmäßig gesichert und bilden die Grundlage für die Webstatistiken. Mithilfe der Webstatistiken ist es möglich, die Akzeptanz und die Interessen der Seitenbesucher zu analysieren. Die Durchschnittswerte für das Jahr 2014 ergeben folgendes Bild: über 4.000 Besuche pro Monat und über 13.000 Aktionen pro Monat. Anhand der Webstatistiken lässt sich ebenfalls feststellen, aus welchen Ländern die meisten Besucher der ZEI-Homepage kommen. So wurde 2014 die ZEI Homepage, neben den deutschen Besuchern, außergewöhnlich oft von Interessenten aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der Russischen Föderation, Italien und Spanien, aber auch aus der Türkei, Brasilien und China besucht. Zu den meist aufgerufenen Seiten gehörten die Informationen zu dem „Master of European Studies“ Programm des ZEI, ZEI aktuell, Forschung und Publikationen.

Bibliothek

In der Bibliothek des Hauses stehen dem interessierten Nutzer ca. 31.000 wissenschaftliche Bücher zur Verfügung, wovon ein großer Anteil rein dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung zugerechnet werden kann, das heißt, von diesem gekauft wurden oder als Geschenk den Eingang in die Bibliothek fanden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bücher wurde von Mitarbeitern oder Gästen des ZEI geschrieben. Daneben gibt es mehr als 6.000 interessante Zeitschriften, die für Forschung und Lehre gleichermaßen genutzt werden können. Die Bibliothek des ZEI ist als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen. Das EDZ umfasst Dokumente, die die Europäische Kommission seit 1986 herausgegeben hat. Es steht eine Vielzahl von Publikationen der OSZE, des Europarates, des EU-Parlaments, des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank zur Verfügung. Alle Bücher und Zeitschriften sind über den Hauptkatalog der Universitätsbibliothek unter www.ulb.uni-bonn.de recherchierbar.

Datenbank und Newsletter

Permanent wird am ZEI an der Aktualisierung der Datenbank gearbeitet. Auf dieser Grundlage ist eine regelmäßige weltweite Versendung des ZEI Newsletter möglich. Der Newsletter bietet aktuelle Informationen zu allen Aktivitäten und Publikationen des ZEI in den Bereichen Forschung und Lehre.

Forschung

Regieren und Regulieren in der EU

Die Forschungen des ZEI zum Thema „Regieren und Regulieren in der Europäischen Union“ beschäftigen sich mit der Transformation des Regierungssystems der EU und den daraus erwachsenden regulatorischen Zwängen. Der Transformationsprozess der Union umfasst vertragliche Erweiterungen sowie institutionelle Anpassungen, die seit Jahren am ZEI detailliert analysiert werden. Darüber hinaus werden die Wirkungszusammenhänge zwischen einem wachsenden Souveränitätstransfer auf die EU-Ebene und einer zunehmenden Rückwirkung europäischer Politik auf die Mitgliedstaaten, unter Einschluss von nationalen Widerständen bis hin zu anti-europäischen Tendenzen, untersucht. Aus der Komplexität der Sachverhalte im Kontext des Regierens auf europäischer Ebene ergeben sich vielfältige regulatorische Aufgaben, die die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU mit Leben erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche des Wettbewerbsrechts und der Netzwirtschaften, die im Fokus von Forschungen des ZEI zu Regulierungsfragen stehen. Das Thema Regieren und Regulieren in der Europäischen Union umfasst derzeit die folgenden Projekte: Die Zukunft der Europäischen Union, Regulierung und Wettbewerbsrecht und die Gestaltung der Globalität in Europa.

Vergleichende regionale Integration

Die Forschungen des ZEI zum Thema „Vergleichende Regionale Integration“ behandeln in vergleichender Perspektive das Phänomen des unterdessen weltweit anzufindenden „region-building“. Unter „region-building“ sind die Bemühungen von Regionen außerhalb wie innerhalb Europas zu verstehen, sich auf ökonomischer, politischer, rechtlicher und kultureller Ebene stärker zu integrieren. Die Ziele, die dabei im Mittelpunkt stehen, sind unter anderem Friedenssicherung, Ausbau von intra-regionalem Handel sowie Wachstum und Entwicklung. Der Rolle der Europäischen Union als Erfahrungs- und Inspirationsquelle kommt in diesem Rahmen besondere Bedeutung zu. Der Eigencharakter der außereuropäischen Integrationssysteme wird in den Arbeiten des ZEI ausdrücklich anerkannt und liegt den Forschungen und Beratungstätigkeiten des ZEI ausdrücklich zugrunde. Die Arbeit des ZEI konzentriert sich derzeit insbesondere auf die vergleichende Betrachtung der regionalen Integrationsbemühungen in Europa und in Westafrika. Zu dieser Thematik führt das ZEI gemeinsam mit dem West Africa Institute (WAI) in Praia (Kap Verde) zwischen 2010 und 2016 ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Forschungs- und Beratungsprojekt durch. Das Thema Vergleichende regionale Integration umfasst die folgenden Projekte: die Europäische Union und West Africa und die Euro-Mediterrane Partnerschaft.

Regieren und Regulieren in der Europäischen Union

Die Zukunft der Europäischen Union

1. Im Fokus dieses Forschungsprojekts des ZEI steht die Frage nach der Zukunft der Politischen Union und den Prioritäten der EU Akteure. Analysiert wird das Zusammenspiel zwischen den Akteuren der EU bei der Umsetzung von Reformen und Prioritäten. Im November 2014 hat die neue EU-Kommission Juncker ihre Arbeit aufgenommen. Erstmals wurde mit Jean-Claude Juncker ein Spitzenkandidat der Europawahlen auch zum Kommissionspräsidenten gewählt. Damit tritt die Reflektion über die Zukunft der Politischen Union, die eigentlich aber schon seit der Ratifizierung des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) im Jahr 2012 in Gang gesetzt wurde, in eine neue Phase. Das ZEI hat diesen Diskussionsprozess und die vielen Transformationen im Jahr 2014 durch systematische Dokumentation und Einordnung der öffentlichen Positionen der Akteure begleitet. Das ZEI hat hierzu Ende 2012 eine Webseite freigeschaltet. Dort werden Quellen, Texte, Daten und Analysen zur analytischen Verortung des Diskussionsprozesses über „Die Zukunft der Europäischen Union“ zur Verfügung gestellt. Die Webseite hat in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens schon einen recht großen Verbreitungsgrad erreicht. 2014 wurden die Informationsquellen weiter ausgebaut und zu diesem Zwecke um die neue Publikationsreihe „ZEI Insights“ ergänzt. Auf diese Weise wird das ZEI die politischen und akademischen Debatten im Kontext EU-Reformprozesses und Umsetzen von Prioritäten kommentieren und bewerten. Die „ZEI Insights“ beinhalten daher Analysen des Zusammenspiels zwischen den EU-Akteuren und eine kritische Auseinandersetzung mit den Fortschritten bei der Umsetzung der Kommissionsziele. Die Autoren der „ZEI Insights“ sind ZEI-Fellows, MES-Dozenten und ZEI-Alumni, die jeweils schriftliche Beiträge zu herausragenden Ereignissen und Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union einreichen werden. Das Projekt dient als Informationsquelle und trägt zu einem besseren Verständnis der Bestimmungsfaktoren europäischer Innenpolitik bei. ZEI liefert zudem Hintergrundinformationen zu den Grundlagen und Entscheidungsabläufen der EU und zu den entsprechenden akademischen Debatten.

ZEI Insights 2014:

No. 1: Brammer, Sally, Not a pack of bureaucrats: The new European Commission.

No. 2: Kühnhardt, Ludger, How the EU can deal with chaos on its borders – new Commission should strive to eliminate its own job.

No. 3: Wunder, Christina, It was the best of times, it was the worst of times – Opportunities and Challenges of European Energy and Climate Policy.

No. 4: Scotto, Matteo, Transatlantic Trade and Investment Partnership: private property or common destiny.

No. 5 : Konold, Dieter/Zimmek, Martin, Juncker's proposal for „a new boost for jobs, growth and investment“ – between high expectations and real action.

No. 6 : Radeva Berket, Mariyana, EU Migration Policy: Striking a balance.

No. 7: de Waele, Henri, Survey of recent developments and academic discussion: Justice and Fundamental Rights.

No. 8: Kubinszky, Balázs, Policy objectives for the internal market.

Verantwortlich für das Projekt zeichnen Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Prof. Dr. Christian Koenig, Sally Brammer und Dr. Matti Meyer.

2. Projektbegleitend analysiert der „Future of Europe Observer“ regelmäßig seit 2012 die EU-Innenpolitik aus der Sicht der Partner des europäischen Wissenschaftsnetzwerkes des ZEI sowie von ZEI Alumni und kann auf der Homepage des ZEI heruntergeladen werden.

Im Jahr 2014 wurde der Fokus des „Future of Europe Observer“ geändert; er fungiert nun als Zeitschrift des ZEI Alumni Netzwerks. Mehrere Zwecke sind hiermit erfüllt: erstens bleibt so der Kontakt des ZEI zu den Alumni erhalten, zweitens können die Alumni ihre Erfahrung und ihr Wissen, das sie in ihren Karrieren im Anschluss an den MES gesammelt haben beitragen und drittens entsteht ein Werbeeffect für das MES-Programm und für das ZEI insgesamt.

In der ersten Ausgabe 2014, Future of Europe Observer Jg. 2, Nr. 1/2014, geben Studenten der „Class of 2014“ des ZEI Master of European Studies (MES) im Lichte der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament einen Überblick über den gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union in aktuellen Politikfeldern wie Sicherheitspolitik und EU Haushalt. Daneben analysieren sie den Vorschlag eines möglichen europaweiten Steuersystems und formulieren Antworten auf die Frage „What next for the EU?“

Die zweite Ausgabe „Future of Europe Observer“ Jg. 2, Nr. 2/2014, befasst sich intensiv mit der Europawahl. Zwischen dem 22 und 25. Mai 2014 waren 400 Millionen Europäer in 28 Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, die 751 Abgeordneten für die achte Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zu wählen. Dies war die erste Wahl im Lichte des Vertrages von Lissabon, der dem Parlament im institutionellen Gefüge der EU mehr Rechte eingeräumt hat. Die neue politische Mehrheit wird in den kommenden fünf Jahren die europäische Gesetzgebung gestalten, in dem das Parlament – das einzig direkt gewählte EU-Organ – Dreh- und Angelpunkt des europäischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess sein wird. Der „Future of Europe Observer“ analysiert den Wahlausgang und dessen Auswirkungen auf die europäische Politik und im globalen Kontext.

Der „Future of Europe Observer“ Jg. 2, Nr. 3/2014, befasst sich mit der Energiepolitik und der Energiesicherheit in der Europäischen Union, die nach den neuesten Entwicklungen in der Ukraine und mit dem Winter vor der Tür ein Thema von großer Bedeutung für den einzelnen Bürger und für Regierungen gleichermaßen darstellt. Während die EU-Mitgliedsstaaten versuchen, sich vor potenziellen Lücken in der Energieversorgung zu schützen, fordert der neue Kommissionspräsident Juncker eine europäische Energieunion. Diese Ausgabe des Future of Europe Observer un-

tersucht die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen und Probleme für die politischen Entscheidungsträger Europas. Alumni des ZEI Master of European Studies beschäftigen sich mit der Forderung nach Energiesolidarität, mit dem sich über Eurasien erstreckenden Energienetzwerk sowie mit den Auswirkungen der Energieabhängigkeit in der EU.

3. Eine Million Unterschriften aus mindestens sieben europäischen Mitgliedsstaaten: Um die Anforderungen der Europäischen Bürgerinitiative zu erfüllen, bedarf es einer Kommunikationskampagne, die die Bürger erreicht, berührt und zum Handeln bewegt. Welche Methoden hierbei erfolgsbringend oder aber kontraproduktiv sind, untersuchte Christina Wunder in einer empirischen Studie. Sie kam dabei zu dem Schluss, dass eine Reihe von Faktoren ausschlaggebend sind, die ihrerseits in unterschiedlichem Maße zum Tragen kommen – wie beispielsweise finanzielle Ressourcen, das emotionale Potenzial des Themas oder ein breites Netzwerk von Unterstützern.

Christina Wunder, Communication and Campaigning in European Citizens' Initiatives, ZEI Discussion Paper C224/2014.

4. ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt erinnerte anlässlich des 80. Geburtstages des Bonner Historikers und Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz in einem ZEI Discussion Paper an die tragenden Ideen des Föderalismus als territoriales Äquivalent des politischen Pluralismus und untersuchte die Herausbildung einer Innenpolitik in der Europäischen Union.

Ludger Kühnhardt, Die proto-konstitutionelle Etablierung der europäischen Innenpolitik. Rückblick und Ausblick auf Bedingungen föderaler Ordnung in Europa, ZEI Discussion Paper C225/2014.

5. Mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union beschäftigt sich Prof. Dr. Lothar Rühl, Staatssekretär a.D. im Verteidigungsministerium in einem ZEI Discussion Paper. Seit dem Vertrag von Lissabon sind alle organisierten Voraussetzungen für eine systematische Anwendung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) geschaffen worden. Die militärischen und zivilen Strukturen, insbesondere Einsatzhauptquartier und gemeinsame Verbandsrahmen, wie das Transportkommando, sind aufgestellt. Bisher ist bei der Krisenbeseitigung allerdings, außerhalb von Bosnien und Mazedonien, in Ablösung zur NATO, nur wenig geschehen. Es ist deshalb schwer, die Weiterentwicklung der gemeinsamen Politik zur Konfliktprävention und Krisenbeherrschung zu beurteilen und es hat sich gezeigt, dass in allen Fällen, wie auch von Anfang an geplant, die NATO zum Zuge kommen soll.

Lothar Rühl, European Foreign and Security Policy since the Lisbon Treaty – From Common to Single?, ZEI Discussion Paper C226/2014.

6. Malte Tim Zabel beschäftigt sich in seiner Dissertation zu dem Thema „Die europäische Vertrauensfrage – Ideengeschichtliche Entwicklung, Facetten und Auswirkung des Euroskeptizismus“ mit den Effekten von Euroskeptizismus für den Verlauf

der öffentlichen Diskussion über die EU und den tatsächlichen Prozess der europäischen Integration. Seine Hypothese: Fundierter, auf Diskussion ausgerichteter Euroskeptizismus festigt das Denken in europäischen Kategorien und kann für den Integrationsprozess sogar positive Auswirkungen haben. Diese Vermutung basiert auf der Trennung von Begrifflichkeiten. „Euroskeptizismus“ ist in der öffentlichen Diskussion längst zum Synonym für Ablehnung, mitunter gar Anfeindung gegenüber der EU bzw. dem europäischen Gedanken geworden und wird durch populistische Parolen kultiviert. Auf diese Weise verstanden, ist Euroskeptizismus ohne Frage schädlich für den Integrationsprozess. Die Ideengeschichte des philosophischen Skeptizismus besagt hingegen, dass der Ausdruck „Skepsis“ keineswegs überzeugte oder gar verbohrene Ablehnung impliziert. Ein Skeptiker ist vielmehr jemand, der genau abwägt und den Austausch in der Debatte sucht ohne selbst von der Geltungshoheit der eigenen Argumente vollends überzeugt zu sein. Ein solcher, quasi echter Euroskeptiker, wäre – so die zu überprüfende Hypothese – für die politische Diskussionskultur Europas durchaus ein Gewinn. Durch seine Erscheinung würden bestimmte europäische Fragen intensiver diskutiert und abgewogen, sodass der Output an europäischer *Policy* letztlich sogar qualitativ hochwertiger sein und am Ende auf einem breiterem Konsens basieren dürfte.

7. Die allgemeine Zielsetzung der Dissertation „Energiepolitik und der europäische Integrationsprozess – EU Energiepolitik von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis zur Vorstellung der Roadmap 2050“ von Carola Gegenbauer ist, die Analyse der Bedingungsfaktoren für die gesamteuropäische Energiepolitik zum nächsten „großen“ Integrationsprojekt der Europäischen Union zu werden. Hierbei werden Voraussetzungen für ein „großes“ Integrationsprojekt untersucht, sowie beschleunigende Faktoren und Grenzen im Integrationsprozess. Vergleichsweise werden die gemeinsame europäische Agrarpolitik und der interne Markt, sowie die Währungsunion, herangezogen, um Attribute und Kriterien für ein „großes“ Integrationsprojekt zu ergründen. Im Rahmen der Dissertation wird auch eine umfangreiche geschichtliche Skizzierung der Energiepolitik in Europa erstellt, die Aufschluss geben soll über die wechselnde Motivation der Mitgliedsstaaten zur Kooperation in Energiefragen. Zeitlich eingegrenzt wird diese Analyse von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) bis hin zur Vorstellung des Energiefahrplans (2011). Mithilfe der „Challenge and Response“ Theorie wird die veränderte Bereitschaft zur Kooperation auf europäischer Ebene erläutert. Eine Analyse über die Reichweite von Energiepolitik in Politikfelder die traditionell in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten liegen, wie zum Beispiel die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten, wird mittels der Theorie des Neofunktionalismus erstellt und die Bedeutung der Integration in der Energiepolitik auf die gesamteuropäische Integration erarbeitet.

8. Im Promotionsvorhaben „Island und die Europäische Union. Eine Studie zur Erweiterung, Vertiefung und Integration der EU“, wird von Thorsten Kim Schreiweis der Zusammenhang des Verhältnisses von Island zur Europäischen Union unter-

sucht. Nach dem Zusammenbruch des isländischen Banken- und Finanzsektors, dem Rücktritt der isländischen Regierung, der Neuwahl des Parlamentes und der Inauguration der ersten sozialdemokratisch-linken Regierung in Island im Jahr 2008, hat das Land 2009 formal ein Beitritts-gesuch bei der Europäischen Union eingereicht. Im Jahr 2010 wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit Island formal beschlossen. Bei den Wahlen im April 2013 verlor die Regierung massiv an Zustimmung und die zuvor regierende Unabhängigkeitspartei gewann zusammen mit der Fortschrittspartei, die den Regierungschef stellt, die Parlamentsmehrheit. Zunächst bleibt unklar, welche Folgen der Regierungswechsel für das Verhältnis der EU und Island haben wird. Die neue isländische Regierung hat einen dezidiert eurokritischen Wahlkampf geführt und zeigte sich gegenüber einem EU-Beitritt ablehnend. Wenngleich die Isländer wieder eine grundsätzlich reservierte und kritische Einstellung gegenüber der EU einnehmen, ist man in den vergangenen Jahren überzeugenden Argumenten für einen EU-Beitritt grundsätzlich offener geworden. Es bleibt zunächst unklar, ob die Regierung ein Referendum über die Fortführung oder den formalen Abbruch der Verhandlungen mit der EU durchführen wird und wie der Ausgang einer solchen Abstimmung verlaufen könnte. Die Dissertation stützt sich auf Feldforschungen in Island und soll 2015 abgeschlossen werden.

9. Matti Wiberg, Professor of Political Science an der Universität Turku und ZEI Senior Fellow verbrachte vom 17. bis 30. Mai 2012 einen kurzen und dennoch produktiven Forschungsaufenthalt am ZEI. Während seines Aufenthaltes hat Professor Wiberg im Auftrag eines finnischen Herausgebers für ein Manuskript einer wissenschaftlichen Zeitschrift sowie für eine Monographie Rezensionen verfasst. Für die „Nordic Political Science Association Conference“ in Gothenburg, Schweden (12.–15. August 2014) bereitete er seinen Vorsitz des Workshops vor und für die „European Consortium for Political Research General Conference“ in Glasgow, Schottland (3.–6. September 2014) den Vorsitz eines Panels. Zudem beschäftigte er sich sehr intensiv mit der Planung einer in Planung befindlichen Monographie und konnte so einige wichtige strategische und konstruktive Entscheidungen treffen.

10. Dr. Kun Hu, Institute of European Studies, Chinese Academy of Social Sciences, Peking, intensiviert seine Forschungen zu dem Thema „Transformation der EZB im Zusammenhang mit dem Währungs- und Wirtschaftsintegrationsprozess in der EU und der Eurozone“ während eines Forschungsaufenthaltes am ZEI vom 15. Oktober 2014 bis 15. Januar 2015. Seit Einführung des Euros bzw. des Euroraumes beschleunigt sich der Währungs- und Wirtschaftsintegrationsprozess in der EU/Eurozone. Dies schlägt sich in zwei Dimensionen nieder. Im Rahmen der horizontalen Integration ist die Eurozone bis zum 01. Januar 2015 von 11 Ländern auf 19 Ländern angewachsen. Die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Finanzsektors innerhalb der EU/Eurozone haben sich in den zurückliegenden 15 Jahren drastisch vermehrt, was als vertikale Integration bezeichnet wird. Die Europäische Zentralbank (EZB) als höchste Währungsbehörde im Euroraum bemühte sich schon früh, die eigenen institutionellen Strukturen und Funktionen anzupassen. Diese sollen so die

vielfältigen Herausforderungen, mit denen sie heutzutage konfrontiert sind, besser bewältigen. So hat die Ausdehnung der Fläche der Eurozone dazu geführt, dass das Entscheidungsverfahren im EZB-Rat vom "one member, one vote" zum "one member, one vote, but rotation" System umgewandelt wurde. Durch diese Maßnahme soll die Währungspolitik die Interessen des gesamten Euroraums besser vertreten können. Die Intensivierung der Integration im Finanzsektor und die damit verbundene Gefahr auf dem Finanzmarkt, die sich in der Weltfinanzkrise im Jahr 2008 zeigte, hat der EZB den Anreiz gegeben, vielfältige sogenannte „non-standard sures“ durchzusetzen. Diese dienen dazu, die Hauptziele der Währungspolitik (besser) zu erreichen. Entsprechend wurde der Währungspolitikansatz der EZB mit der Zinsorientierung um den Transformationsmechanismus erweitert. Mit der Entstehung des SSM übernimmt die EZB auch die Aufgabe der Bankenaufsicht. Sie stellt daher nicht nur den Kern des Eurosystem/ESZB, sondern auch den Kern des SSM dar, um so die Finanzstabilität zu sichern. Die Transformation der EZB bewies deren Innovationsfähigkeit und Flexibilität. Am Ende bleiben jedoch die Fragen offen, ob sich aus diesen Änderungen heraus effektive Währungspolitikinstrumente entwickeln können und ob die Unabhängigkeit zwischen Währungspolitik und Bankenaufsichtsaufgaben gewährleistet werden kann.

Regulierung und Wettbewerbsrecht

Regulierung der Netzwirtschaften

Die ZEI Forschungsarbeit zum Thema „Regulierung der Netzwirtschaften“ untersucht im Schwerpunkt die auf Investitionsanreizen und Netzgestaltungspflichten basierende Netzregulierung im Spannungsfeld von staatlicher Infrastrukturverantwortung und Wettbewerbsförderung. Sie umfasst die Bereiche des Europäischen Telekommunikations-, des Eisenbahn-, des Post- sowie des Energierechts.

1. Im Telekommunikationssektor hat das ZEI 2014 den Forschungsschwerpunkt erweitert und das Marktverhalten marktmächtiger Plattformbetreiber (wie Google) untersucht. Dabei widmete sich die Forschungsgruppe insbesondere der Aufnahme von Presseerzeugnissen auf Google-Oberflächen aufgrund von „erzwungenen“ Gratislizenzen. Inhaltlich ging die Forschungsgruppe der Frage nach, ob die den „Gratislizenzen“ vorangegangenen, vorgelagerten Verhaltensweisen Googles im Rahmen der Missbrauchskontrolle zugrunde gelegt werden können. Das Verhalten Googles wirkt nachhaltig auf künftige Wettbewerbs- und Marktstrukturen, auch wenn die Verleger eingelenkt und Google für die Verwertung ihrer Presseerzeugnisse eine „Gratislizenz“ eingeräumt haben. Im Ergebnis setzen die von der Forschungsgruppe ermittelten wettbewerbsrechtlichen Folgerungen aus den „Gratislizenzen“ und aus den diese auslösenden vorgelagerten Verhaltensweisen Maßstäbe an das künftige Verhalten Googles gegenüber Inhalteerzeugern.

2. Seit dem Erscheinen des umfassenden Postrechtshandbuchs mit dem Titel „Postrecht – Das Handbuch für Regulierungsfragen im Postrecht“ im Verlag der Deutschen Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht, im Januar 2014, das von Dr. Annegret Groebel, Tobias Katzschmann, Prof. Dr. Christian Koenig und Nils H. Lemberg herausgegeben wurde, standen postrechtliche Fragestellungen weiterhin auf der Agenda der Forschungsgruppe. Die Forschungsgruppe hatte zu dem benannten Postrechtshandbuch die §§ 11 bis 18 PostG, einschließlich der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) und der Post-Dienstleistungsverordnung (PDLV), beigesteuert und somit den Universaldienst im Postbereich allumfassend kommentiert. Die Bedeutung dieser postgesetzlichen Normen wird – da deren Anwendung aufgrund der gesetzlichen Exklusivlizenz der Deutschen Post AG, die bis zum 31. Dezember 2007 bestand, ausgeschlossen war – steigen. Das ZEI hat, im Rahmen dieses Projektes, zu Auslegungsfragen Stellung bezogen, die zwar bislang noch nicht Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen waren, dies in Zukunft jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit sein werden. Im Jahr 2014 richtete die Forschungsgruppe ihre Tätigkeit auf praktizierte Preispolitiken im Postsektor, die unter dem Begriff der „Preis-Kosten-Schere“ bekannt sind. Solche Verhaltensweisen rufen gegenwärtig sowohl das Bundeskartellamt als auch die Bundesnetzagentur auf den Plan. Es ist für die Zukunft mit wegweisenden Beschlüssen der Wettbewerbshüter zu rechnen.

3. Die ZEI Forschungsgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ hat sich im Jahr 2014 des Weiteren mit der Regulierung von Flughafenentgelten befasst. Ähnlich wie in anderen Netzwirtschaften erfolgte auch bei der Regulierung von Flughafenentgelten der Anstoß nicht im nationalen Raum, sondern vielmehr aufgrund der Richtlinie 2009/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über Flughafenentgelte (Richtlinie 2009/12/EG), welche im Wege der Rechtsangleichung einen gemeinsamen Binnenmarktrahmen für die an den Flughäfen in der Europäischen Union anwendbaren Regelungen bezüglich der Erhebung von Flughafenentgelten geschaffen hat. Kritisch zu beleuchten ist in diesem Zusammenhang nach Ansicht der Projektgruppe die Tatsache, dass in Deutschland – auch nach Umsetzung der Richtlinie im gesetzlichen Rahmen des § 19b LuftVG – in der Rechtswirklichkeit überwiegend weiterhin ein Verfahren der einseitigen Entgeltfestlegung durch die Flughafenbetreiber mit behördlicher Bestätigung praktiziert wird, ohne dass die Möglichkeiten der Einflussnahme der Fluggesellschaften im Sinne von verhandlungs-basierten Entgelten und einer richtlinienkonformen Einführung eines regulatorisch eingerahmten substantiellen Verhandlungsabschnittes praktisch verbessert wurden. Die Projektgruppe kommt in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass diesem Rechtsvollzugsdefizit vorrangig im Rahmen des Konsultationsverfahrens zwischen Flughafenbetreibern und –nutzern richtlinienkonform abzuhelpfen ist und hat hierzu konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

Öffentliches Wettbewerbsrecht

1. Im öffentlichen Wettbewerbsrecht war die Forschungsarbeit des ZEI im Jahr 2014 insbesondere im EU-Beihilferecht sehr aktiv. Im Rahmen dessen widmete sich die Forschungsgruppe ausgiebig einer Schnittstelle zwischen dem EU-Beihilferecht und dem nationalen Strafrecht. Die Forschungsgruppe untersuchte die Strafbarkeit EU-beihilfenrechtswidrigen Verhaltens von Amtswaltern nach § 266 StGB und legte dar, dass das EU-Beihilfenregime der Art. 107 ff. AEUV aufgrund seines supranationalen Anwendungsvorrangs und trotz seiner wettbewerbsrechtlichen Zweckrichtung auch im Rahmen der haushaltsrechtlichen Verfügungs- und Verpflichtungsbefugnisse der Amtswalter sowie der Wirtschaftlichkeitsgrundsätze bei der Auslegung der Untreue-tatbestände nach § 266 Abs. 1 Alt. 1 und 2 StGB anzuwenden ist. Dabei zeigte die Forschungsgruppe im Ergebnis ebenfalls auf, dass sich die untreuerelevante Pflicht-widrigkeit der Gewährung von europarechtswidrigen staatlichen Beihilfen aus einem Verstoß gegen – unmittelbar vermögensschützende – haushaltsrechtliche Grundsätze (Fall der Haushaltsuntreue) ergibt.

2. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt im EU-Beihilfenrecht lag auf der Analyse der Bedeutung des Urteils des BGH vom 5.12.2012 (I ZR 92/11) für beihilfeninfinzierte Verträge im Dreiecksverhältnis, insbesondere für Bürgschafts- bzw. Garantieüber-nahmeverträge, mit denen die öffentliche Hand als Sicherungsgeber auftritt. Mit diesem Urteil ist der BGH von seiner bis dahin gefestigten Nichtigkeitsrechtsprechung nach einem Verstoß gegen das Durchführungsverbot gem. Art. 108 Abs. 3 S. 3

AEUV i. V. m. § 134 BGB in Bezug auf die bisher angenommene Gesamtnichtigkeit von Kaufverträgen abgewichen. In dem Urteil entwickelte der BGH eine Teilnichtigkeitslösung im Rahmen einer daran anknüpfenden unionsrechtskonformen Vertragsanpassung mit der Rechtsfolge des nachträglichen Differenzausgleichs. Untersucht wurde, ob, sofern die formelle Beihilfenrechtswidrigkeit lediglich ein formal bilaterales, gleichwohl in einen tripolaren Vertragszweck eingebundenes Rechtsverhältnis erfasst, nämlich den Garantievertrag oder die Garantiezusage bzw. den Bürgschaftsvertrag oder die Bürgschaftszusage, die in dem Urteil aufgestellten, für zweiseitige Kaufverträge entwickelten Maßstäbe übertragbar sind. Unter Auswertung der Bürgschaftsmitteilung der Kommission als auch des Urteils des EuGH vom 8.12.2011 in der Rechtssache C-275/10 (Residex) kam die Forschungsgruppe zu dem Ergebnis, dass aufgrund der wesentlichen Unterschiede, die zwischen bilateralen Kaufverträgen und Bürgschaften bzw. Garantien im Dreiecksverhältnis bestehen, eine Übertragung der von dem BGH in seinem Urteil entwickelten Teilnichtigkeitslösung und eine daran anknüpfende Vertragsanpassung nach Maßgabe eines nachträglichen Differenzausgleichs auf Verträge im Dreiecksverhältnis grundsätzlich nicht möglich ist. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Wirksamkeit beihilfenrechtswidriger staatlicher Garantien stellten sich zudem wiederholt Fragen um die richtige Auslegung der Bürgschaftsmitteilung¹ der Europäischen Kommission, die in dem Beitrag „Wirtschaftliche Auslegung der Bürgschaftsmitteilung!“ (BRZ 2014, 187) einfließen.

3. Des Weiteren beschäftigte sich die Forschungsgruppe mit dem „Almunia-Paket“ der EU-Kommission für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI), mithin der Mitteilung über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der EU auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI², der Verordnung über die Anwendung der EU-Beihilfenvorschriften auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die DAWI erbringen³, dem Beschluss der Kommission über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen („Freistellungsbeschluss“)⁴, der Kommissionsrichtlinie über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitglied-

1 Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften, Mitteilung der Kommission 2008/C 155/02, ABI. C155/10, S. 1.

2 Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, ABI.EU 2012 Nr. C 8, S. 4.

3 Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen v. 25.4.2012, ABI.EU 2012 Nr. L 114, S. 8.

4 Beschluss der Kommission über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, ABI.EU 2012 Nr. L 7, S. 3.

staaten und den öffentlichen Unternehmen⁵ („Transparenzrichtlinie“) und dem EU-Rahmen für staatliche Beihilfen⁶, die als Ausgleich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gewährt werden.

Untersucht wurde im Besonderen, wie die Tätigkeiten eines Unternehmens, ob privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisiert, ausgestaltet sein müssen, um diese Tätigkeiten als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) qualifizieren zu können. Der Fokus bei diesem Forschungsprojekt lag auf der dezierten Ausarbeitung, welche unionsrechtlichen Anforderungen an den DAWI-Betrauungsakt, an die Ausgleichsparameter, an das Separate Accounting sowie an die Nettomehrkostenrechnung nach dem „Almunia-Paket“ gestellt werden. Darüber hinaus wurde untersucht, unter welchen Voraussetzungen eine sog. In-House-Vergabe von Aufträgen öffentlicher Auftraggeber, ohne die sonst erforderliche Ausschreibung nach dem Vergaberecht, erfolgen kann.

4. Im Jahr 2014 erfuhr die beihilfenrechtliche Bewertung der im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) enthaltenen Regelungen besondere Aufmerksamkeit der ZEI Arbeitsgruppe: Die Europäische Kommission hat das Beihilfverfahren hinsichtlich dieser Regelungen zur umlagenfinanzierten Energiewende aufgrund der möglichen Verletzung von Art. 107 AEUV gegen die Bundesrepublik Deutschland fortgeführt und abgeschlossen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die im EEG (nach alter Fassung) enthaltenen Regelungen genehmigungspflichtige Beihilfen darstellen, die aber teilweise gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV gerechtfertigt sein können und damit grundsätzlich genehmigungsfähig sind. Die Kommission erlegte der Bundesrepublik auf, von den durch die Regelungen in der Vergangenheit begünstigten Unternehmen Rückzahlungen zu fordern und legte insbesondere langfristig zukunftsorientiert - nach zähen Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland - die Parameter für die Regelungen im neuen EEG fest. Im Rahmen der Untersuchungen und Publikationen der Forschungsgruppe waren vor diesen Schritten der Kommission bereits mehrfach die beihilferechtlichen Sollbruchstellen dieser energiepolitischen Umlage-mechanismen aufgezeigt worden und gleichzeitig war vor den Folgen der Beihilfe-rechtswidrigkeit der Regelungen gewarnt worden. Die Forschungsprojektgruppe hatte in diesem Zusammenhang die im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) verankerte Befreiung stromintensiver Unternehmen von der EEG Umlage, das Grünstromprivileg und die EEG Umlage selbst der beihilferechtlichen Prüfung nach Art.107 AEUV unterzogen und war dabei – wie auch die Europäische Kommission im durchgeführten Beihilfenverfahren – zu dem Ergebnis gekommen, dass das deutsche EEG genehmigungspflichtige Beihilfen enthält, indem stromintensive Betriebe weitgehend von der Finanzierung des Ausbaus von Solar-, Wind, und Biomasse-Anlagen befreit

⁵ Richtlinie 2006/111/EG der Kommission über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen, ABl.EU 2006 Nr. L 318, S. 17.

⁶ Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011), ABl.EU 2012 Nr. C 8, S. 15.

sind. Auch das Grünstromprivileg und die EEG-Umlage selbst stellten nach den Ergebnissen der Forschungsgruppe genehmigungspflichtige Beihilfen dar. Besonderer Forschungsgegenstand waren in diesem Zusammenhang im Jahr 2014 die Leitlinien der Europäischen Kommission für Umweltschutz- und Energiebeihilfen vor dem Hintergrund der Modernisierung des Beihilferechts.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich des Energierechts lag auf der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Frage der Vereinbarkeit von verschiedenen gesetzlichen Finanzierungsmodellen der EU-Mitgliedstaaten zur Realisierung des Umstiegs auf erneuerbare Energien mit der Warenverkehrsfreiheit, angestoßen durch das EuGH Urteil „Alands Vindkraft“ (Rs. C-573/12). Im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens hat der EuGH zum einen entschieden, dass die schwedische Regelung zur Förderung von Grünstrom durch Zertifikatvergabe mit der Richtlinie 2009/28 zur Förderung der Nutzung grüner Energie vereinbar ist. Diese sehe nämlich keine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten vor, eine nationale Förderregelung für Energie aus erneuerbaren Quellen auf Erzeugerstandorte außerhalb des mitgliedstaatlichen Territoriums zu erstrecken. Zweitens hat der EuGH zwar anerkannt, dass die Voraussetzungen für eine Beschränkung des freien Warenverkehrs vorliegen, da eine derartige Förderregelung geeignet ist, Erzeuger erneuerbarer Energien aus dem Ausland im Zuge des Imports ihrer Energie in den betroffenen Mitgliedstaat zu behindern, da sie ohne derartige Zertifikate im Wettbewerb mit den inländischen Grünstromerzeugern Nachteile erleiden können. Der EuGH sieht eine derartige Beschränkung jedoch unter Berufung auf das Allgemeininteresse der Förderung erneuerbarer Energien als Maßnahme für den Umweltschutz und gegen den Klimawandel als gerechtfertigt an.

5. Ein weiterer Fokus der Forschungsgruppe lag auf dem Verhältnis zwischen mitgliedstaatlichen Gerichten und der Europäischen Kommission in der europäischen Beihilfenkontrolle. Das Urteil des EuGH vom 21. November 2013 (C-284/12) in der Rechtssache *Lufthansa AG v FFH* hat die Bedeutung des Beihilfenprüfverfahrens und der in diesem Zusammenhang ergehenden Eröffnungsbeschlüsse weiter erhöht und die „komplementären“ Pflichten mitgliedstaatlicher Gerichte konkretisiert.

Die Restitution formell rechtswidriger Beihilfen, also von Beihilfen, die unter Verletzung des Durchführungsverbots aus Art. 108 Abs. 3 S. 3 AEUV gewährt wurden, kann in der Insolvenz der betroffenen beihilfenbegünstigten Unternehmen resultieren. Die Forschungsgruppe hat sich eingehend den Restitutionspflichten der Mitgliedstaaten und den diesen zurechenbaren Körperschaften und Gerichten in der Insolvenz gewidmet. Gegenstand des Beitrags „Beihilfenrestitution bei zahlungs- und insolvenzunfähigen Körperschaften“ (BRZ 2014, 131) waren insbesondere die mitgliedstaatlichen Pflichten im Falle nicht insolvenzfähiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften.

6. Im Jahr 2014 beschäftigte sich die Forschungsgruppe zudem mit Beihilfen im Sport. Die Förderung des Sports, insbesondere des Amateursports und der Jugendförderung, stellt gemäß Artikel 165 AEUV ein erklärtes Ziel von gemeinsamem Inte-

resse dar. Diese Förderung kommt allerdings nicht nur den nicht rentablen Sportarten, sondern in großem Maße auch dem professionellen Sport zugute. Beihilfen im professionellen Fußballsektor haben zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen auch auf verbundenen Märkten geführt. Die Finanzierung von Stadioninfrastruktur ist in diesem Zusammenhang ein häufiges Förderungsinstrument. Diese Form der Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen hat in Artikel 55 der neuen Gruppenfreistellungsverordnung eine besondere Regelung erfahren. Von Interesse und Gegenstand von Vorträgen war in diesem Zusammenhang auch die Kongruenz zwischen dem EU-Beihilfenrecht und den UEFA Financial Fair Play Rules.

7. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungsgruppe lag auch im Jahre 2014 in den spezifischen Problemen des Unterlagenschutzes im Pharmarecht. Zum einen ist immer wieder der zeitliche und sachliche Umfang der Global Marketing Authorisation und zum anderen die richtlinienkonforme Umsetzung des EU-Arzneimittelrechts in das nationale Recht Gegenstand wissenschaftlicher und gerichtlicher Auseinandersetzungen. Die Ergebnisse der Forschungsgruppe in Bezug auf die Nachzulassung von Arzneimitteln in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Harmonisierung des Arzneimittelsektors resultierten schließlich in zwei Beiträgen: "Protection of Regulatory Data Relating to Medicinal Products for Human Use – Renewed Marketing Authorisations, Subsequent GMAs and Efficient Legal Protection" (GRURInt 11/2014, 1012-1017) und „Nachweis und Begründung der Zweckmäßigkeit einer Arzneimitteldosierung im Nachzulassungsverfahren des AMG“ (PharmR 2014, 181).

Die Gestaltung der Globalität in Europa

1. Zu den zentralen, bisher aber nicht in kooperativer Form behandelten Anfragen an die geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung gehört eine systematische Untersuchung der Gestaltung der Globalisierung in Europa aus Sicht der Geistes- und Kulturwissenschaften. Im Sinne einer über das Ökonomische hinausgehenden Verortung dessen, was Globalität als Zustand (über Globalisierung als Prozess hinausgehend) bedeutet, wird im Rahmen des 2009 begonnenen Verbundforschungsprojektes „Die Gestaltung der Globalität“ vor allem überall dort eine Neubestimmung dessen vorgenommen, was die Welt ausmacht, wo bisher entsprechend starke Geltungs- und Deutungsansprüche in den europäischen Traditionen formuliert wurden. Im Mittelpunkt steht demnach die Frage, was Globalität über das Ökonomische hinaus in Bezug auf geistes- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen bedeutet. Damit baut dieses Projekt auf Forschungsarbeiten des ZEI zur vielschichtigen Thematik der europäischen Identität auf. Das ZEI hat im vergangenen Jahrzehnt mit seinen Forschungen immer wieder exemplarische Annäherungen an die für die Herausbildung der politischen Identität Europas relevanten Fragen im Kontext der europäischen Identitätsbildung – unter Einschluss des Dialogs der Kulturen – vorgenommen. Dabei hat sich das ZEI stets den verschiedenen geistes- und kulturwissenschaftlichen Methoden und Fachrichtungen geöffnet. Das Verbundforschungsprojekt „Die Gestaltung der Globalität“ führt diese Ansätze systematisch weiter und wird in Kooperation mit verschiedenen Fächern der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn durchgeführt. Das Projekt nimmt in interdisziplinär angelegten Arbeitskolloquien eine Standortbestimmung im globalen Ideen- und Deutungswettbewerb und eine Überprüfung der Haltbarkeit bis dato formulierter universaler Aussagen bzw. deren Adaption in der globalisierten Welt vor. Aus diesem Austausch werden seit 2009 kleinere Veröffentlichungen publiziert, die Ideen, Kontroversen und Erkenntnisse des Projekts wiedergeben.

Daneben entsteht vor dem Hintergrund des 200-jährigen Jubiläums der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2018 die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“. Herausgeber der handbuchartigen Enzyklopädie sind Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Prof. Dr. Tilman Mayer unter Mitwirkung von Prof. Dr. Stephan Conermann, Prof. Dr. Markus Gabriel, Prof. Dr. Xuewu Gu, Prof. Dr. Marion Gymnich, Prof. Dr. Wolfram Hogebe, Prof. Dr. Volker Ladenthin, Prof. Dr. Wolfram Kinzig, Prof. Dr. Wolfgang Kubin und Prof. Dr. Günther Schulz. Das umfangreiche Werk bringt Beiträge von über einhundert Professorinnen und Professoren der Bonner Universität zusammen, vorwiegend aus der Philosophischen Fakultät, aber auch aus der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, den beiden Theologischen Fakultäten und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Die ganze Bandbreite der Methoden und Sichtweisen der geistes- und kulturwissenschaftlich arbeitenden Fächer und ihrer Wissenschaftler wird in diesem Werk lebendig. Die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ geht von der These aus, dass der gegenwärtige global turn Europa (wie alle anderen Regionen auch) nicht nur ökonomisch und technisch herausfordert, sondern auch eine geistes-wissenschaftliche Rekonstruktion seiner Welt- und Gestaltungsfähigkeit

abverlangt. In der „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ geht es in erster Linie darum, problemorientiert solche Phänomene zu erfassen, die durch den global turn zu einer Neubestimmung des Begriffsverständnisses führen könnten oder bereits geführt haben. Die Begriffsfelder und Schlüsselbegriffe sowie das Gliederungs- und Interpretationsmuster zur Abfassung jedes der Schlüsselbegriffe wurden in einer Reihe von Arbeitskolloquien erarbeitet und an ausgewählten Schlüsselworten der sozialen Ordnung überprüft. Über einhundert wissenschaftliche Beiträge werden dieses wissenschaftliche Werk zu einem gewichtigen Beitrag der Selbstdarstellung und des Diskursangebots aus der Mitte der Bonner Universität heraus werden lassen. Die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ wird 2016 im VS Springer Wissenschaftsverlag erscheinen, der auch eine Internet-Ausgabe besorgt. Zum Universitätsjubiläum 2018 soll dann ebenfalls eine englischsprachige Übersetzung der Enzyklopädie erscheinen

Das Projekt wird geleitet von Prof. Dr. Tilman Mayer, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Universität Bonn, und ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

2. Das Zeitzeugengespräch von Prof. Dr. Michael Gehler, Universität Hildesheim, mit dem ehemaligen EU-Kommissar Günter Verheugen – ein weiteres in der Reihe des ZEI zu ehemaligen deutschen EU-Kommissaren – dokumentiert die politische Herkunft und Sozialisation von Günter Verheugen in der FDP und SPD sowie seine Erfahrung mit der deutschen Sozialdemokratie als Oppositions- und als Regierungspartei in einer Rot-Grünen-Koalition. Die Kennzeichen und Unterschiede der EU-Kommissionen unter den Präsidentschaften von Romano Prodi und José Barroso, für die Verheugen als Erweiterungs- und Industriekommissar tätig war, werden deutlich. Der Kommission wird nach wie vor politischer Einfluss attestiert, gleichwohl dieser in den Krisenjahren von den Nationalstaaten zurückgedrängt wurde. Von Anfang an war Verheugen dagegen, den Staaten des ehemaligen Ostblocks so lange wie möglich den Beitritt zur EG zu verwehren, wie viele Westeuropäer dies wollten. Gegen die Ansicht Henry Kissingers, die osteuropäischen Staaten als „Pufferzone“ gegen Russland zu behandeln, gab es den klaren politischen Auftrag, die EU-Osterweiterung voranzutreiben, die Verheugen als reaktive Politik beschreibt und als historisch-moralische Verpflichtung empfand. Dabei war Polen ein Schlüsselland und die Kommission ein strenger Partner. Sie entwickelte neue Instrumente zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft. Den Beitritt der Türkei befürwortet Verheugen ebenso wie das auch die Ukraine eine faire Chance zum Beitritt erhalten sollte.

Günter Verheugen, Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler, ZEI Discussion Paper C221/2014.

3. In theoretischer Hinsicht wird die Europäische Union üblicherweise durch das Prisma von Integrationstheorien interpretiert, die ihrerseits den jeweiligen Zustand des Integrationsprozesses widerspiegeln. ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt wirft die darüber hinausgehende Frage auf, ob und inwieweit der Prozess der europäischen Integration nicht begonnen hat, eine genuine politische Philosophie zu ge-

nerieren, die ihren Ausgangspunkt nicht im klassischen Staatswesen, sondern in der EU selbst nimmt. Er untersucht Beispiele – vom Grundrechtsschutz bis zum Unionsbegriff, aber auch kritische Begriffe wie den des Euroskeptizismus – die darauf schließen lassen, dass die EU selbst zum Referenzpunkt für die Reflexion über das Gemeinwohl geworden ist. Eine politische Philosophie im Kontext der Europäischen Union steht erst am Anfang und lässt Erkenntnisgewinn durch vertiefte wissenschaftliche Forschung erwarten.

Ludger Kühnhardt, Gibt es eine politische Philosophie der Europäischen Union?, ZEI Discussion Paper C223/2014.

Vergleichende regionale Integration

Regionale Integration weltweit

1. Eine Studie von Simon Perger widmet sich dem Phänomen regionaler Integration in der arabischen Welt. In dieser von Konflikten geprägten Region bilden die relativ stabilen Golfmonarchien mit dem Golf-Kooperationsrat das ambitionierteste Projekt regionaler Integration. Die zentrale Fragestellung der Arbeit lautet, ob sich gewisse Grundannahmen der verschiedenen neofunktionalistischen Ausdifferenzierungen aus dem europäischen Kontext lösen und auf den Integrationsprozess des Golf-Kooperationsrates anwenden lassen.

Simon Perger, Regionale Integration in der arabischen Welt – eine neofunktionalistische Analyse, ZEI Discussion Paper C222/2014.

2. Im Rahmen der langjährigen Kooperation des ZEI mit der Mediterranean Academy for Diplomatic Studies (MEDAC) in Malta gab ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom 6. bis 8. Januar 2014 ein Seminar zum Thema „Global Proliferation of Regional Integration“ und war Teilnehmer an dem Panel „The Mediterranean in Transition“, im Rahmen des MEDAC's 25th Anniversary in Corinthia, St. Julians, Malta.

3. An der Katholischen Universität Alta Scuola di Economia e Relazioni (ASERI), Mailand, 27. bis 29. Januar 2014, und an der Diplomatischen Akademie in Wien, 10. bis 12. März 2014, hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Seminare zum Thema „Region-Building“ ab.

4. Europas aktuelle innenpolitische Lage und die Rolle der EU in der Welt. Darüber diskutierten Studenten der School of Public and International Affairs der Azerbaijan Diplomatic Academy (ADA) in Baku während eines Informationsbesuchs am 6. Juni 2014 am ZEI. ZEI-Direktor, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und die ZEI Junior Fellows, Rike Sohn, Sally Watkins, Carola Gegenbauer und Matthias Vogl präsentierten die Arbeit des Instituts und standen für Fragen zur Verfügung. Europas Rolle im Ukraine-Konflikt, die EU-Energiepolitik und die Weiterentwicklung der EU nach den Europawahlen standen im Mittelpunkt der Diskussion. Auch die Frage nach einer weiteren Annäherung Aserbaidchans an Europa war für die Gäste von Interesse. Darüber hinaus wurde den Studenten in diesem Rahmen der „Master of European Studies“ des ZEI als Studienmöglichkeit vorgestellt. Der Besuch der Gruppe wurde vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) unterstützt.

Strategische Partnerschaft – Europäische Union und Afrika

1. Die Frage nach dem Verhältnis von Europa zu Afrika steht auch im Zeichen eines enorm gewachsenen Interesses an der neueren Entwicklung Afrikas in ver-

schiedenen anderen Regionen der Erde. Vor diesem Hintergrund legt ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des West Africa Institute und Global Fellow des Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington D.C., eine umfassende wissenschaftliche Studie vor, die die von der EU und der Afrikanischen Union angestrebte strategische Partnerschaft der beiden Regionen in einem globalen Zusammenhang stellt. Kühnhardt untersucht, auf welche Weise die aktuellen afrikanischen Strategien zur Zukunftsentwicklung des europäischen Nachbarkontinents kompatibel mit – beziehungsweise komplementär zu – den strategischen Überlegungen, Politiken und Zielsetzungen der EU, der US, Chinas und Indiens hinsichtlich der Zukunft Afrikas und der spezifischen Rolle der genannten externen Partner Afrikas in Afrika selbst sind. Die Forschungsarbeit gründet auf intensiven Feldforschungen in Afrika, Gesprächen mit führenden Akteuren in Europa, den USA und China sowie ebenso intensiven internationalen Literaturstudien und Quellenanalysen. Das Buch wurde einem internationalen peer review-Verfahren unterzogen. Erste Beurteilungen bescheinigen dem Buch hochgradige Innovation und sehen es als ein neues Standardwerk in der globalen Verortung Afrikas. Galt für das 19. Jahrhundert der Slogan des „Scramble for Africa“ synonym mit kolonialistischen Aspirationen einzelner europäischer Staaten, so sieht Kühnhardt für das 21. Jahrhundert einen „Scramble with Africa“, das heißt ein Ringen interner und immer ausdifferenzierter afrikanischer Interessen mit den diversen Afrika-Strategien der globalen Partner Afrikas. Nach dem Washington Consensus und einem immer wieder zitierten Beijing Consensus geht es heute in Wirklichkeit um einen „Africa Consensus“, der in erster Linie von Afrika her denkt und von Afrikanern gesteuert wird. Vor dem Hintergrund des vierten Gipfeltreffens EU-Afrika vom April 2014 hat Kühnhardt eine grundlegende wissenschaftliche Studie vorgelegt mit hoher Relevanz für die aktuellen politischen Diskussionen und Entscheidungsprozesse, nicht nur in der EU und in Afrika, sondern auch im transatlantischen Kontext und im Blick auf die Inklusion aufstrebender Schwellenländer mit afrikapolitischen Interessen, namentlich China, Brasilien, Indien und den arabischen Golf-Staaten. Das Buch wurde von der Woodrow Wilson Press und der Johns Hopkins University Press publiziert.

Ludger Kühnhardt, *Africa Consensus: New Interests, Initiatives and Partners*, Washington D.C./Baltimore: The Woodrow Wilson Center Press/Johns Hopkins University Press, 2014, 380 Seiten.

Mehr unter: <https://jhupbooks.press.jhu.edu/content/africa-consensus>

2. Das 2014 abgeschlossene Promotionsvorhaben von ZEI Mitarbeiter Matthias Vogl „Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Europa und Afrika vor dem Hintergrund eines wandelnden Sicherheitsbegriffs. Europa als afrikapolitischer Akteur von eindimensionaler Machtpolitik zum aufgeklärten Eigeninteresse“ schildert, wie sich vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsbegriffs das europäische Bild von Afrika aus sicherheitspolitischer Perspektive geändert hat von einer eindimensionalen Machtpolitik hin zu einem aufgeklärten Eigeninteresse. Weitere Analyseschritte beinhalten die Reflektion des sicherheitspolitischen Wandels in den vertraglichen, strategischen und afrikapolitischen Dokumenten der EU und deren Vergleich mit

ausgewählten nationalen Dokumenten. Die Studie bricht zudem mit der Gewohnheit europäische Afrikapolitik als einen Baustein der europäischen „GASP“ zu betrachten.

Charakteristisch für das Konzept des „aufgeklärten Eigeninteresses“ sind eine Anzahl von Merkmalen, die im Verlauf der Arbeit definiert werden. Dazu gehören einerseits grundlegende Aspekte des „aufgeklärten Eigeninteresses“ wie ein Zusammenspiel von materiellen, Sicherheits- und Prestigeinteressen und von normativen Aspekten, eine langfristiger Politikansatz und der Einbezug der Interessen und Präferenzen der afrikanischen Partner sowie andererseits Aspekte, die sich aus der Multidimensionalität der Herausforderungen, dem multidimensionalen Entscheidungsprozess auf EU-Ebene und der multidimensionalen Präsenz internationaler Akteure in Afrika ergibt. Diese werden auf der Grundlage der strategisch-afrikapolitischen Weiterentwicklung der EU erarbeitet und als „Multidimensionalitätskriterien“. Dazu gehören eine balancierter geographische, thematische und mitgliedersstaatliche Prioritätensetzung, ein kohärentes Zusammenspiel verschiedener Akteure sowie die Fähigkeit der Einbindung von Partnern und Dritten. Die Gesamtheit dieser Kriterien wird in der Folge auf drei Bereiche angewendet, erstens die GSVP-Einsätze in Afrika, zweitens die strukturelle Sicherheitspolitik der EU in Afrika und drittens konzeptionelle Weiterentwicklung nach der Gemeinsamen Strategie 2007. Es wird überprüft, welche Antriebsfaktoren eine Rolle gespielt haben und ob und in welchen Bereichen die Union ihrem Anspruch eines aufgeklärten Selbstinteresses gerecht werden konnte. Abschließend wird ein kurzer Ausblick auf mögliche Zukunftsentwicklungen gegeben. Um einen besseren Überblick zu ermöglichen, ist die Arbeit bereits vom Einleitungskapitel ausgehend spiegelbildlich aufgebaut.

Die Studie umfasst den Zeitraum vom Ende des Ost-West-Konfliktes bis zur Verabschiedung der „Gemeinsamen Strategie von EU und Afrikanischer Union“ im Jahr 2007 und wird 2015 im Nomos Verlag, Baden-Baden, in der Reihe „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ veröffentlicht werden.

Forschungskooperation ZEI – West Africa Institute (WAI)

1. Die weltweite Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse gehört zu den bemerkenswerten Entwicklungen seit dem Ende der bipolaren Weltordnung. Auf dieser Basis werden im Rahmen des Kooperationsprojektes „Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa“ unter Berücksichtigung der europäischen Integrationserfahrung die Bestimmungsfaktoren regionaler Integration in Westafrika erforscht und gleichzeitig mit einer darauf aufbauenden Weiterbildungskomponente verlinkt.

Das Forschungs- und Beratungsprojekt wird im Zeitraum 2010 bis 2016 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in der Afrikastategie des BMBF aus dem Jahr 2014 als „Leuchtturm“-Projekt angesehen. Projektpartner des ZEI ist das West Africa Institute (WAI) in Praia (Cabo Verde). Das WAI ist das erste Forschungsinstitut seiner Art in Westafrika und bietet akademische Analysen, konkrete Politikberatung und die Verbreitung von Wissen über regionale Integra-

tionsprozesse in Westafrika. Seit Beginn des Projekts 2010 werden regelmäßig Workshops mit europäischen und afrikanischen Wissenschaftlern sowie weitere Austauschmaßnahmen zwischen WAI und ZEI durchgeführt. Diese dienen der wissenschaftlichen und administrativen Aufbauarbeit am WAI und der Erarbeitung gemeinsamer Forschungsergebnisse. Im Einzelnen umfasst die ZEI-WAI Zusammenarbeit folgende Bereiche:

- Gemeinsame Analyse ausgewählter Politikfelder durch paritätisch besetzte bi-regionale Forschergruppen.
- Gemeinsame Beratung politischer Entscheidungsträger auf der Basis von Forschungsergebnissen.
- Gemeinsames Publikationsprogramm.
- Beratung des WAI beim Forschungsprojektmanagement.
- Unterstützung beim Aufbau der Bibliothek des WAI sowie Erstellung von Datenbank- und Monitoring-Instrumenten.
- Weiterbildung von westafrikanischen Postgraduierten am ZEI und zeitgleicher Aufbau eines Afrika-spezifischen „Master in African Regional Integration“ von WAI und der Universität von Cabo Verde (UNI-CV).

Drei Themengebiete stehen im Mittelpunkt der bi-kontinentalen Forschungs-kooperation:

- Regionale Integration und Politikformulierungsprozesse.
- Wirtschaftsintegration und regionaler Handel.
- Institutionelles „capacity development“ für regionale Integration.

Projektverantwortlich am ZEI sind Prof .Dr .Ludger Kühnhardt, Matthias Vogl, Rike Sohn und Sally Brammer.

2. „Wir sind alle Entwicklungsländer im Wandel“, mit diesen Worten eröffnete ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt das vierte WAI-ZEI Studiengruppentreffen an der Universität Avignon am 27./28. März 2014. Er forderte Afrika und Europa auf, zu Lerngesellschaften zu werden, zu reflektieren und voneinander zu lernen, um neue Perspektiven hinsichtlich der bi-regionalen Beziehungen zu gewinnen. Prof. Dr. Djénéba Traoré, Direktorin des West Afrika Instituts (WAI) in Praia, Kapverden, betonte, dass die Sicherung qualitativer Bildung die Hauptherausforderung für die Entwicklung Afrika's darstelle und forderte beide Regionen auf, sich auf die „win-win“ Möglichkeiten ihrer Partnerschaft zu konzentrieren. Prof. Dr. Samuel Priso-Essawe, Universität Avignon, fügte hinzu, dass die Herausforderungen der EU-Afrika-Beziehungen vor allem in der fehlenden Verbindung Afrikas zu den meisten europäischen Gesellschaften begründet seien, sowie an der fehlenden Verbindung zwischen internen Interessen. Er wies auf die Notwendigkeit afrikanischer Regierungen hin sich stärker mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zu vernetzen, um gemeinsame Interessen – sowohl intern als auch extern – zu definieren. Oder, wie es Dr. Félix N'zué, Direktor des „Economic Policy Analysis Unit“ (EPAU) der ECOWAS-Kommission, formulierte: „Afrika braucht eine EU-Strategie“. Kurz vor dem 4. EU-

Afrika-Gipfel in Brüssel bot der Workshop Wissenschaftlern und Praktikern beider Regionen nicht nur die Möglichkeit, neue Perspektiven und praxisnahe Lösungen für die Partnerschaft zu entwickeln, sondern auch bislang ungenutzte Wertschöpfungsmöglichkeiten ihrer regionalen Integrationsbemühungen zu entdecken. Im Fokus standen dabei insbesondere vergleichende, wissenschaftliche Arbeiten zur regionalen Integration der EU und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) in den Bereichen Technologie und Innovation, Energie und natürliche Ressourcen, sowie Wettbewerbs- und Regulierungspolitik zur Liberalisierung des Handels im Dienstleistungssektors.

„Liberalisierung ist nicht gleich Deregulierung. Tatsächlich erfordert ein liberalisierter Markt mehr Regulierung“, betonte ZEI Direktor Prof. Dr. Christian König in der Fachsitzung zum Thema Wettbewerbs- und Regulierungspolitik. Da private Investoren bei Versorgungsengpässen ihre Gewinne am Nadelöhr des Angebots suchen, können hohe Preise ein guter Indikator für mono- oder oligopolistischen Marktstrukturen und somit mögliche Überregulierung darstellen. Einer wirksamen Regulierung afrikanischer Märkte wirken oft eine mangelhafte Datenlage, fehlender politischer Wille zur Implementierung bestehender Vorschriften sowie die Nichtexistenz einer unabhängigen Justiz zur Kontrolle der Regulierer entgegen. Weitere Diskussionspunkte innerhalb der Forschungsgruppe „Wirtschaftliche Integration und regionaler Handel“ waren Kosten und Nutzen der Handelsliberalisierung im Dienstleistungssektor (auf den immerhin 60 Prozent des globalen BIP entfallen), adäquate Techniken und geographische Modi (unilaterale, bilaterale, regionale, bi-regionale, multinationale und multilaterale) und wissenschaftliche, politische Entscheidungen. Unter den Teilnehmern und Gästen herrschte breiter Konsensus, dass die Sequenzierung der Regulierungspolitik eine wichtige Rolle spielt, da die inländische Produktion andernfalls Gefahr läuft, durch ausländische Anbieter ersetzt zu werden.

Im Forschungsbereich „Regionale Integration und Politikformulierungsprozesse“ wurden die Herausforderungen im Bereich der regionalen Energiepolitik und der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation diskutiert. Als ein Aspekt spielte dabei auch der Einsatz von Fiskalmaßnahmen eine Rolle. Als ein Haupthindernis wurde ein fehlendes Bewusstsein innerhalb der Mitgliedsstaaten der ECOWAS für bereits existierende Regulierungen, wie zum Beispiel das „ECOWAS Energieprotokoll“, erkannt. Dadurch würden nicht nur zwischenstaatliche Differenzen gefördert, sondern auch die Kosten des grenzüberschreitenden Energietransportes erhöht und Investoren abgeschreckt, so der Tenor. Vor diesem Hintergrund wurde eine intensive Aufklärungskampagne gefordert. Auf der Basis der europäischen Erfahrungen wurde die Anwendung einzelner, auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichteter, Beihilfemaßnahmen, zum Beispiel zur Förderung von Technologie, in Betracht gezogen. Es wurde jedoch davor gewarnt, das europäische Modell der fiskalen Maßnahmen im Energiebereich eins zu eins zu exportieren. Die bi-regionalen Energiebeziehungen zwischen Europa und Westafrika wurden als Geflecht von Interdependenzen dargestellt. Gerade unter dem Eindruck der Krim-Krise plädierte man für eine Neudefinition der bi-regionalen Beziehungen in diesem Politikbereich, die zumindest mittelfristig zu

einer Diversifizierung der europäischen Energieversorgung beitragen würde. Kritisiert wurde zudem die mangelhafte regionale Koordination im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Innovation. Wie auch in anderen Politikfeldern fehle es trotz umfangreicher Pläne an einer adäquaten Umsetzung der Ziele. Vor diesem Hintergrund wurde ein Ansatz gefordert, der Wissenschaft, Forschung und Innovation als gleichberechtigte Elemente in die Wirtschaftspolitik der afrikanischen Länder und Regionen integriert.

3. „Die Ebola-Krise reflektiert einmal mehr die großen Governance-Mängel in ganz Afrika und macht integrierte Antworten auf regionaler Ebene wichtiger denn je. Aus dem erstmaligen Ausbruch vor über 30 Jahren, wurden bis heute keine entsprechenden Konsequenzen gezogen.“ Mit diesen deutlichen Worten begrüßte der Vorsitzende des WAI-Aufsichtsrates und ehemalige Außenminister von Cabo Verde, Jose Brito, die Teilnehmer des fünften Studiengruppentreffens im Rahmen der WAI-ZEI Forschungskoooperation, das am 8./9. September 2014 im Außenministerium von Cabo Verde in Praia stattfand. Die derzeitige Ebolaepidemie hatte aufgrund einer Grenzschließung von Cabo Verde die Teilnehmerzahl reduziert. Im Zeichen dieser Krise, wurden die ebenfalls damit verknüpften Potentiale und Probleme im Bereich von Migration und zivilgesellschaftlichem Engagement von renommierten Wissenschaftlern und Praktikern aus beiden Regionen diskutiert. Erstmals wurden auch Forscher per Videolink zugeschaltet. Damit wurden auch Möglichkeiten des Einsatzes moderner Kommunikationsmethoden im Bereich von Bildung und Forschung in Westafrika unter Beweis gestellt, mit denen bestehende Infrastrukturschwächen überwunden werden können.

Im Anschluss widmeten sich die Präsentationen des WAI-ZEI Workshops im ökonomischen Forschungsbereich den Auswirkungen intra-regionaler Migration auf die regionalen Arbeitsmärkte in Westafrika. Aufgrund des Datenmangels wurde empfohlen ein Migrationsinformationssystem einzuführen. Die Experten betonten ebenso, dass es notwendig ist, Sprachbarrieren durch gezielte, frühe Ausbildung zu überwinden. Außerdem, so der Tenor, müssten die Verantwortlichen das Grenzmanagement in Westafrika nicht als Kontrolle sondern vor allem als Sicherheitsdienstleistung für Bürger im Rahmen des freien Personenverkehrs in der ECOWAS-Zone verstehen. Dafür sei jedoch ein tiefgreifender Bewusstseinswandel nötig.

Im Rahmen einer weiteren Arbeitseinheit wurden die Potentiale und Auswirkungen von internationalen Rücküberweisungen von Migranten und Mitgliedern der Diaspora in ihre Heimatländer diskutiert. Um das Potential dieser Rücküberweisungen als Quelle für Armutsminderung und Investitionen besser nutzen zu können, hat die Afrikanische Union kürzlich ein Institut für Rücküberweisungen („African Institute for Remittances“, AIR) aufgebaut, deren bisherige Erfahrungen ebenfalls in die Konferenz eingebracht wurden. Prof. Dr. Matthias Lücke vom Kieler Institut für Weltwirtschaft betonte in seinem Vortrag, wie wichtig es ist, Migration zielgerichtet zu erleichtern sowie internationale Bildungs-, Renten- und Gesundheitssysteme kompatibel zu gestalten, da so illegale Migration und „Brain Drain“ vermieden werden kann. Um die

Rückkehr von Migranten in ihre Heimatländer zu erleichtern (zirkuläre Migration) müssen zudem die Bedingungen vor Ort verbessert werden.

Im politikwissenschaftlichen Forschungsbereich ging ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt zunächst in einem historischen Rückblick 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auf die Lehren dieser Urkatastrophe und auf deren Auswirkungen auf die Entwicklung eines regionalen Bewusstseins ein. Gleichzeitig betonte er, dass – angesichts der derzeitigen weltweiten Konflikte – diese Lehren immer wieder unter Druck stehen und es daher eines überzeugten Einsatzes für die regionale Idee unter demokratischen Vorzeichen erfordere. Dass dabei die Zivilgesellschaft sowie kulturelle Faktoren ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten können, wurde in den folgenden Beiträgen deutlich. Nana Afadzinu vom „West African Civil Society Institute“ (WACSI) in Ghana unterstrich, dass zivilgesellschaftliche Akteure, von Studentengruppierungen bis zu Gewerkschaften von jeher wichtige Antriebsfaktoren des westafrikanischen Integrationsprozesses gewesen sind. Dies gilt gerade auch für das Engagement von NGOs und Frauenorganisationen im Bereich Frieden und Sicherheit. Gleichzeitig ging sie selbstkritisch darauf ein, dass der reale politische Einfluss dieser transnationalen Akteure letztendlich aufgrund von Kapazitäts- aber auch Organisationsmängeln begrenzt ist und daher viele Potentiale ungenutzt bleiben. Prof. Dr. Stefan Fröhlich von der Universität Erlangen-Nürnberg wies in seinem Vortrag darauf hin, dass auch in Europa die Rolle der Zivilgesellschaft erst nach der Epochenwende 1989/90 stärker in den Vordergrund trat. Deren bis heute oft kritische oder gar negative Haltung gegenüber der Europäischen Integration ist auch darauf zurückzuführen, dass eine große Distanz zwischen EU-Institutionen und der europäischen Zivilgesellschaft wahrgenommen wird. Dies spiegelte sich zum Beispiel in der Ablehnung der Europäischen Verfassung wieder. Vor diesem Hintergrund könne auch Europa von der „Bottom-up“-Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Westafrika seit den 90er Jahren lernen.

Prof. Dr. Abderrahmane Ngaidé von der Université Cheick Anta Diop in Dakar, ging darüber hinaus auf die Bedeutung kultureller Vielfalt für regionale Integration in Westafrika ein. Aus seiner Perspektive beweisen die historischen Erfahrungen der Region mit ihren Königreichen und vielfältigen Governance-Formen, dass die perzipierten ethnischen Bruchlinien kein Hindernis im regionalen Integrationsprozess darstellen, sondern auf dem Weg zu einer „ECOWAS of the People“ positiv genutzt werden können.

Abschließend brachte Prof. Dr. Manuel Guilherme Junior, Direktor des Centre of Studies on Regional Integration and SADC Law in Maputo, Mosambik, eine weitere vergleichende Perspektive ein. In seiner Präsentation zu den Integrationsherausforderungen im südlichen Afrika wurde erkennbar, dass, während der ECOWAS-Verbund vor kurzem eine Zollunion beschloss, diese in der Region der Southern African Development Community (SADC) vor allem an der Mehrfachmitgliedschaft seiner Mitgliedsstaaten scheitert. Vor diesem Hintergrund wird dort nun die Bildung eines trilateralen Freihandelsabkommens angestrebt, welches nicht nur SADC, son-

dem auch die Mitglieder von des „Common Market of Eastern and Southern Africa“ (COMESA) und der „East African Community“ (EAC) umfassen soll.

4. 2013 wurde die WAI-Bibliothek mit großer Unterstützung des ZEI als Teil der Nationalbibliothek der Kap Verden etabliert und im Jahr 2014 um weitere ca. 170 Bände aufgestockt. Die WAI Bibliothek dient interessierten Bürgern, den Wissenschaftlern und Gastwissenschaftlern am WAI sowie den zukünftigen Master-Studenten von WAI und UNI-CV als wichtige Informationsquelle. Für die Studenten bildet sie die Basis für den erfolgreichen Abschluss ihres Studiums in Praia.

5. Permanent wird zudem am ZEI und am WAI an der Pflege einer Literatur- und einer Expertendatenbank zum Bereich der vergleichenden regionalen Integration gearbeitet. Die Expertendatenbank entspricht faktisch der Liste an WAI-Fellows, die im Projektzeitraum stetig angewachsen ist. Das WAI wird zudem vom ZEI beim Aufbau und bei der regelmäßigen Versendung eines eigenen Online-Newsletters unterstützt, der im Jahr 2014 zweimal verschickt wurde. Auf diese Weise kann die Arbeit des WAI im Rahmen des Projektes trotz schwieriger infrastruktureller Verhältnisse an die relevanten Entscheidungsträger weitergegeben werden. Im Jahr 2014 sind die Monitoring-Instrumente des WAI-ZEI Projekts weiterentwickelt worden. In diesem Kontext hat sich die Website des WAI zu einem Knotenpunkt für Informationen über den regionalen Integrationsprozess in Westafrika entwickelt. Von einer Linkliste, über den Zugang zu der Bibliothek der ECOWAS-Dokumente bis hin zu für die ECOWAS-Region aggregierten Daten aus 22 bekannten Indices hat hier eine enorme Weiterentwicklung stattgefunden. Insbesondere die Indices dienen Experten aus Wissenschaft, Politik und Medien als Informationsportal, da die Indices Entwicklungen im politischen, im ökonomischen und auch im ökologischen Bereich bewerten.

6. Während eines Arbeitsaufenthalts von ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, ZEI Koordinatorin Sally Brammer und ZEI Administrator Ralf Meyer im Juli 2014 wurde zunächst eine Memorandum of Understanding zwischen dem WAI und der Nationaluniversität der Kap Verden (UNI-CV) im Hinblick auf den Aufbau des angestrebten Studiengangs unterschrieben. Parallel dazu wurde von Sally Brammer sowie der WAI-Koordinatorin im Feld „Institutional capacity development for regional integration“, Maria de Fátima Fortes, ein Gesamtkonzept für das Programm entwickelt, welches von den formalen Voraussetzungen über das Curriculum bis zum Budget alle wichtigen Informationen enthält und Anfang 2015 als WAI-ZEI Paper veröffentlicht wird. Im November 2014 hat der Universitätsrat der UNI-CV die Einrichtung des Studiengangs offiziell beschlossen. Vor diesem Hintergrund wird der Studiengang im Jahr 2015 zunächst vom kapverdischen Bildungsministerium akkreditiert werden. Im Anschluss daran startet einerseits der praktische Umsetzungsprozess, wozu eine Mittelumschichtung im Projekt beantragt wurde, um einen Vollzeitkoordinator vor Ort finanzieren zu können. Andererseits werden WAI und UNI-CV gemeinsam Schritte unternehmen, um Stipendien für die Teilnehmer des Masters zu akquirieren. Das ZEI wird diesen Prozess weiterhin bis zum Projektende begleiten.

7. Die WAI-ZEI Fellowships konnten aus verbleibenden Mitteln des Jahres 2013 initiiert werden. Die Fellowships erlaubten es zwei ausgewiesenen Experten in den Bereichen Erneuerbare Energien und Bildung, sich diesen Themen in dreimonatigen Aufenthalten am WAI inhaltlich im Detail zu widmen, einen Expertenworkshop abzuhalten, eine Fachveröffentlichung zu verfassen und an Projekten der langfristigen Zusammenarbeit zu arbeiten.

8. Die Ergebnisse der gemeinsamen Forschung werden seit dem Jahr 2013 im Rahmen der neu geschaffenen „WAI-ZEI Paper“-Serie veröffentlicht. Bislang wurden neunzehn WAI-ZEI Paper publiziert, darunter ein umfassender Sammelband zum Thema regionaler Handel und Währungsintegration, der in den ECOWAS Sprachen Englisch, französisch und portugiesisch erhältlich ist. Weitere Themen der Paper waren unter anderem regionale Institutionen und Politikformulierungsprozesse, eine vergleichende Analyse regionaler Integrationsansätze in Asien, Europa und Westafrika, die Entwicklung der europäisch-afrikanischen Beziehungen, intra-regionaler Handel und der Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und monetärer Nachhaltigkeit in Westafrika. Die WAI-ZEI Paper spiegeln die Vorträge und Diskussionen der Studiengruppentreffen in Praia und Bonn wieder, dienen als wissenschaftliche Grundlage für die weitere Forschungskooperation zwischen WAI und ZEI und leisten einen Beitrag zur Debatte über die effektive Gestaltung regionaler Integrationsbestrebungen und bi-regionaler Beziehungen.

WAI-ZEI Paper Nr. 11, 2014, Charlotte King/Jon Marks: European-West African Relations in the Field of Energy – Obstacles to a sustainable approach.

Das Paper analysiert die bi-regionalen Beziehungen im Energiesektor, insbesondere die Dynamik des kommerziellen Handels verschiedener Energierohstoffe, sowie die politische Dynamik von Energie als strategische Ressource. Im Detail werden West Afrikas Öl- und Gasvorkommen sowie deren kolonialzeitlich anmutende Trägerschaft im Hinblick auf neu entstehende, globale Angebots- und Nachfragestrukturen, die zu einer Verlagerung des globalen Energiehandels führen, untersucht. Da Afrikas Energiearmut weiterhin aus entwicklungspolitischer Perspektive wahrgenommen wird, während Europas Energiesicherheit strategisch-geopolitisch betrachtet wird, werden zudem Herausforderungen und Möglichkeiten zur Neuausrichtung der bi-regionalen Beziehungen aufgezeigt, so dass beide Regionen im Rahmen voneinander abhängiger Energiesysteme von dieser neuen Dynamik profitieren.

WAI-ZEI Paper Nr. 12, 2014, Isabelle Rabaud: Measuring the Costs and Benefits of Liberalization of Trade in Services: Lessons for Regional Integration and Sectoral Policies.

Das Paper zieht aus der Literatur zur Modellierung des Computable General Equilibrium (CGE) Rückschlüsse auf die potenziellen Vorteile einer Liberalisierung des Dienstleistungssektors für Entwicklungsländer, insbesondere für nord-, ost- und süd-afrikanische Volkswirtschaften. Aufgrund der Bedeutung des rechtlichen Rahmens und der Größe der Dienstleistungsbranchen wird von der Liberalisierung ein erheblicher, potenzieller Nutzen erwartet; durch Beitritt zur WTO, regionale oder bilaterale

Präferenzhandelsabkommen. Es ist allerdings notwendig, sich auf die Besonderheiten jedes einzelnen Landes und Region zu fokussieren, sowie einen sektoralen Ansatz zu verfolgen. Bei der Wahl zwischen einer multilateralen, bilateralen oder regionalen Liberalisierung hängt das optimale Regelungswerk vom jeweiligen Dienstleistungssektor ab. Institutionen sind für Dienstleistungen besonders wichtig und Reformen sollten global und fokussiert sein. Vor der Handelsliberalisierung sind nationale Reformen notwendig.

WAI-ZEI Paper Nr. 13, 2014, Jérôme Joubert: Negotiating Service Liberalization at Regional Level – The Case of West Africa / Négocier la libéralisation des services à un niveau régional – Application aux pays de l’Afrique de l’Ouest.

WAI-ZEI Paper Nr. 13 analysiert die Motive einer präferenziellen Handelsliberalisierung des Dienstleistungssektor im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), den möglichen Nutzen für die Mitgliedsländer und die gesamte Region, sowie die Möglichkeiten regionale Anstrengungen mit aktuellen oder zukünftigen Initiativen auf bilateraler und multilateraler Ebene zu verbinden. Darauf aufbauend werden Schritte zur Umsetzung einer solchen Vereinbarung entwickelt, wodurch potenzielle Hindernisse im Dienstleistungshandel, mögliche Formen einer Vereinbarung, der Umfang der betroffenen Sektoren und die Verhandlungsmethoden verdeutlicht werden. Dabei werden insbesondere die Notwendigkeit zur Erstellung von „Positiv- und Negativlisten“ von Verpflichtungen, sowie Details zu den unterschiedlichen Arten einer, Zugeständnisse mobilisierender, Reziprozität hervorgehoben.

WAI-ZEI Paper Nr. 14, 2014, Volker Nitsch: International Trade in Services – Data, Issues, Findings, and Recommendations.

Das Paper analysiert aktuelle, empirische Forschung über den internationalen Handel mit Dienstleistungen aus europäischer Perspektive. Es diskutiert die Verfügbarkeit relevanter Daten; präsentiert stilisierte Fakten und unterstreicht methodische Herausforderungen der Analyse. Anhand von disaggregierten Daten einzelner europäischer Länder, bietet es eine Anwendung für die Analyse des Dienstleistungshandels und kommt zu dem Ergebnis, dass die Beziehungen im Waren- und Dienstleistungshandel von überraschend kurzer Dauer sind.

WAI-ZEI Paper Nr. 15, 2014, Beejaye Kokil: Cross-country Data Analysis of Services Trade – Data Availability and Harmonization in West Africa.

Beejaye Kokil beschreibt in diesem WAI-ZEI Paper die Konzepte und Definitionen des Dienstleistungshandels und gibt einen allgemeinen Überblick über statistische Quellen, Methoden und Rahmenbedingungen, um diesen zu messen. Es erfasst die Bedeutung des Sektors für die Region Westafrika, aktuelle Trends im regionalen Dienstleistungshandel und Entwicklungsperspektiven, sowie diesbezügliche, infrastrukturelle Herausforderungen. Es unterstreicht die Einschränkungen und Mängel der Datenlage in der Region und plädiert dafür die Fähigkeiten der in die Analyse und Zusammenstellung der Daten einbezogenen Institutionen zu verstärken; die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen zu verbessern; internationale Methoden und Standards für die gemeinsame Nutzung von Daten zu nutzen; sowie

neueste IT-Werkzeuge für die Verarbeitung und Weitergabe der Daten anzuwenden, um die weitere Verwendung durch Politik, Privatsektor und Öffentlichkeit generell zu erleichtern.

Die WAI-ZEI Paper Nr. 16 und Nr. 18 (Französisch) analysieren aus praktischer Perspektive die Herausforderungen bei der Formulierung einer regionalen Energiepolitik in Westafrika und Europa mit besonderem Fokus auf die fiskalischen Aspekte. WAI-ZEI Paper Nr. 16 geht darüber hinaus auf die Bemühungen für eine regionale Technologie- und Innovationspolitik in Westafrika ein.

WAI-ZEI Paper Nr.16, 2014, Felix Fofana N'Zué: Formulating a Regional Policy for Energy and Technology / Innovation: What Role for Taxation?

Das Paper analysiert aus praktischer Perspektive die Herausforderungen bei der Formulierung einer regionalen Energie- bzw. Technologie- und Innovationspolitik. Angesichts des Widerspruchs zwischen vorhandenen Ressourcen, deren grenzüberschreitender Verteilung und gleichzeitig mangelndem Zugang der Bevölkerung zu diesen Energiequellen, betont der Autor die Relevanz einer regionalen Energiepolitik. Hindernisse liegen jedoch in der mangelnden Reflektion des regionalen Ansatzes auf nationaler Ebene sowie im Kompetenzwirrwarr zwischen unterschiedlichen nationalen und regionalen Institutionen. Obwohl das ECOWAS Energieprotokoll die rechtliche Grundlage für diesen Politikbereich liefert und auch fiskalische Aspekte der Energiepolitik einbezieht, kann sich dessen Umsetzung in der Praxis schwierig gestalten. Im Gegensatz zur Energiepolitik steht die Technologie- und Innovationspolitik noch am Anfang ihrer Entwicklung auf regionaler Ebene. Sie leidet ebenfalls unter einem Mangel an Ressourcen und funktionierenden, insbesondere regionalen Strukturen. Aus Sicht des Autors ist auch ein fehlendes Bewusstsein für die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation als „Entwicklungstool“ ein Grund für dieses Defizit.

WAI-ZEI Paper Nr.18, 2014, Céline Bas: Aspects fiscaux de la formulation de la politique énergétique européenne.

Dieses WAI-ZEI Paper untersucht die europäische Energiepolitik (Energiepolitik der EU) im Hinblick auf die Herausforderungen bei ihren fiskalischen Aspekten und bei der Entwicklung einer gemeinschaftlichen Politikformulierung. Die Ausgestaltung der fiskalischen Regelungen im Energiesektor wird wesentlich durch die begrenzte Kompetenz der Gemeinschaft in fiskalischen Belangen bestimmt, da Staaten auf diesem Hoheitsrecht beharren, insbesondere in Bezug auf einen so strategischen Sektor wie Energie. Vor diesem Hintergrund behandelt Céline Bas in einem ersten Schritt die Auswirkungen „negativer Integration“ auf die Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes. Hier werden insbesondere das Verbot von steuerlichen Hindernissen in den Nationalstaaten sowie der Einsatz von Beihilfen diskutiert. In einem zweiten Schritt wird dann auf die Harmonisierungsbemühungen auf europäischer Ebene eingegangen und deren Widersprüche und Grenzen erörtert. Der Artikel schließt mit einer kritischen Einschätzung der Entwicklung einer realen gemeinsamen Energiepolitik ab.

Im Rahmen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts über „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“ zieht der zweite umfassende Sammelband eine Bilanz der regionalen Integration in Westafrika 20 Jahre nach dem ECOWAS Revised Treaty.

WAI-ZEI Paper Nr. 17, 2014, Ablam Benjamin Akoutou, Rike Sohn, Matthias Vogl, Daniel Yeboah: Understanding Regional Integration in West Africa – A Multi-Thematic and Comparative Analysis.

Im Juli 1993 erhielt der westafrikanische Integrationsprozess mit dem so genannten „ECOWAS Revised Treaty“ einen neuen vertraglichen Rahmen. Vor diesem Hintergrund dieser historischen Wegmarke nutzte die Zwischenkonferenz des WAI-ZEI Kooperationsprojektes im Oktober 2013 in Praia die Möglichkeit, um nach 20 Jahren Bilanz zu ziehen. Der vorliegende Sammelband fasst die Ergebnisse der Konferenz sowie der ersten Projektphase in den drei offiziellen ECOWAS-Sprachen, Englisch, Französisch und Portugiesisch und zusammen. Die Artikel analysieren den westafrikanischen Integrationsprozess im Hinblick auf Erfolge, Hindernisse und die Herausforderungen für die Zukunft. Mit seinem interdisziplinären Ansatz beleuchtet der Band die institutionelle Entwicklung sowie die Felder Wirtschaft, Recht, Sicherheit und Energie. In einem weiteren Beitrag wird zudem die multidimensionale Natur der Beziehungen zwischen Westafrika und Europa auf mitgliedstaatlicher sowie auf supranationaler Ebene untersucht. Die Autoren, allesamt WAI-Fellows, stellen die institutionellen und politischen Errungenschaften sowie die gewachsene Verpflichtung für einen regionalen Politikansatz in Westafrika in den letzten zwei Dekaden heraus. Dennoch, so die Kritik, mangelt es den regionalen Institutionen und Strukturen einerseits an Ressourcen, um ihrem strategischen Anspruch gerecht zu werden. Andererseits zeigen sich die Mitgliedsstaaten meist skeptisch gegenüber einer stärkeren Kompetenzverlagerung auf die regionale Ebene. Angesichts dessen klafft weiterhin eine Lücke zwischen politischen Ankündigungen und deren Umsetzung in der Praxis, die es zu schließen gilt. Auch in seiner zweiten Projektphase wird sich die WAI-ZEI-Kooperation daher aus akademischer Sicht der Aufgabe widmen, Lösungsansätze für diese Problemfelder zu erarbeiten.

WAI-ZEI Paper Nr. 17 ist ebenfalls in französischer und portugiesischer Sprache erhältlich.

WAI-ZEI Paper Nr. 19, 2014, Quentin de Roquefeuil: EPA negotiations are (almost, finally) over. What next?

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Kontroverse neigen sich die Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) dem Ende zu. Dabei ist Westafrika eine der ersten Regionen, welche die Verhandlungen beendet; auch wenn das endgültige Ergebnis noch auf politische Zustimmung wartet. In diesem Paper blickt Quentin de Roquefeuil auf den WPA-Prozess zurück und erläutert die Dynamik der Verhandlungen, mit besonderem Fokus auf Westafrika. Es analysiert das Grundprinzip der WPA (die Abkehr von der sogenannten „Lomé Vereinbarungen“ Mitte der 1990er Jahre), die grundlegende Verhandlungsausrichtungen und die daraus resul-

tierende Entwicklung. Darauf aufbauend reflektiert das Paper das mittel- und langfristige Potential der europäischen Handelsagenda mit dem afrikanischen Kontinent.

9. In den Jahren 2013-2016 wird der „Regional Integration Observer“ (RIO) die Forschungsk Kooperation des ZEI mit dem West Africa Institute (WAI) als Newsletter begleiten. In diesem Kontext berichtet der RIO über Neuigkeiten aus der Forschungsk Kooperation sowie über aktuelle Entwicklungen des regionalen Integrationsprozesses in Westafrika und in den Beziehungen zwischen Europa und Westafrika. Der RIO baut auf dem ZEI Regional Integration Observer auf, der am ZEI zwischen 2007 und 2012 publiziert wurde, kann auf der Homepage des ZEI heruntergeladen werden und wird gemeinsam herausgegeben von ZEI Junior Fellow Matthias Vogl und WAI Projektkoordinator Ablam Benjamin Akoutou.

Die erste Ausgabe des „Regional Integration Observer“ im Jahr 2014, Nr. 2014/01, beschäftigt sich mit der Zukunft der Afrika-EU Beziehungen. Zunächst zurückblickend auf das 4. Treffen der Studiengruppen im Rahmen der WAI-ZEI Forschungsk Kooperation Ende März 2014, beleuchten im Anschluss weitere Artikel in detaillierter Form die Ergebnisse des EU-Afrika-Gipfels in Brüssel im April, die Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Westafrika, die Auswirkungen eines möglichen transatlantischen Freihandelsabkommens auf die Handelsbeziehungen zu Drittstaaten in Afrika sowie die jüngsten Entwicklungen in der deutschen Afrikapolitik. Ein weiterer Beitrag ist zudem der Relevanz institutioneller Reformen in der ECOWAS für die Zukunft des westafrikanischen Integrationsprozesses gewidmet. Der RIO gibt somit einen Überblick über neueste Trends im Verhältnis der Nachbarkontinente.

Die zweite Ausgabe des Regional Integration Observer (RIO) im Jahr 2014, Nr. 2014/02, widmet sich einem breiten Themenportfolio im Rahmen der regionalen Integrationsprozesse in Afrika und Europa. Neben einem Bericht über das 5. Studiengruppentreffen im Rahmen der WAI-ZEI Kooperation im September 2014 in Praia, beleuchtet ein Artikel den Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament, die daraus hervorgehende Verteilung der europäischen Spitzenposten und bewerten deren Vergabe im Hinblick auf die Zu- oder Abnahme der demokratischen Legitimität im europäischen Integrationsprozess. Ein weiterer Beitrag analysiert die Herausforderungen des ghanaischen Präsidenten Mahama in seiner derzeitigen Rolle als Vorsitzender des Rates der ECOWAS Staats- und Regierungschefs in Krisenzeiten. Konkreter in diesem Kontext untersucht ein weiterer Artikel die Rolle der ECOWAS im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere die Gefahr von Boko Haram in Nigeria. Abschließend werden unter Einbezug einer vergleichenden Perspektive die Probleme bei der Umsetzung des SADC Dienstleistungsprotokolls im Rahmen der Freihandelszone im südlichen Afrika vorgestellt.

Graduiertenausbildung

ZEI Master of European Studies – Governance and Regulation

Die konstante Bewerberzahl und die Internationalität des Programms zeigen, dass der ZEI „Master of European Studies“ (MES) weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert ist. Die insgesamt 23 MES-Studierenden des 16. Jahrgangs 2013/14 (Oktober 2013 bis September 2014) kamen aus 16 unterschiedlichen Nationen, darunter Teilnehmer aus verschiedenen Staaten der Europäischen Union, dem Balkan, aus dem Kosovo, Nepal, Trinidad and Tobago und China. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei etwa 30 Prozent. Alle Studierenden des Master of European Studies verfügten über einen universitären Bildungshintergrund (Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft und andere).

Zum Ende des 16. Programmjahres fand am 27. Juni 2014 die Abschlussfeier des MES statt. Gastredner zu diesem Anlass war Wolfgang Kopf, LL.M, Leiter Politik und Regulierung bei der Deutschen Telekom AG. An der Feier nahmen über 100 Gäste teil. Herr Kopf hob in seiner Rede die Bedeutung der digitalen Vernetzung hervor und skizzierte die rasante Entwicklung in diesem Bereich in den vergangenen Jahren. Aus seiner Sicht ist der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur ganz eng mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union verbunden. Gerade über die digitalen Medien sei es möglich, sehr rasch viele EU-Bürger zu erreichen. Die Deutsche Telekom AG sieht er für die Weiterentwicklung gerüstet und auf die kommenden Aufgaben vorbereitet.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Prof. Dr. Paul Geyer, stellte in seiner Rede die Bedeutung des internationalen Master-Programms für die Fakultät und die Universität dar. ZEI-Direktor Professor Dr. Ludger Kühnhardt dankte allen Unterstützern und Freunden des ZEI, insbesondere der europaweiten Fakultät.

Das primäre Karriereziel ist auch bei den Studierenden des 16. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld, vorzugsweise bei Institutionen der Europäischen Union, internationalen Organisationen, nationalen Regierungen, Nicht-Regierungsorganisationen und global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Mehrere Studierende haben sich erfolgreich bei der Europäischen Kommission in Brüssel beworben und absolvieren dort Praktika.

Der extrem hohe Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der „Master of European Studies“ konzeptionell stützt. Neben der weltweiten Herkunft der Studierenden zeigt sich dies auch in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät. Die 24 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2013/14 am ZEI unterrichteten, stammten aus neun Ländern Europas: Dänemark, Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, Malta, den Niederlanden, Polen, Schweden und Ungarn. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in

multi-nationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag. Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 16. Jahrgang beinhaltete das interdisziplinäre Curriculum des „Master of European Studies“ Unterrichtseinheiten zu politischen, ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in sieben Grundkursen, 18 Spezialkursen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehend vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die MES-Studierenden zwischen Oktober 2013 und Juni 2014 360 Stunden an Fachunterricht sowie ergänzende praktische Veranstaltungen und Workshops. Hierzu zählen auch vier mehrtägige Exkursionen nach Brüssel, Straßburg/Luxemburg, Frankfurt/M. und Berlin im Umfang von insgesamt zwölf Tagen.

Im Oktober 2014 nahm der 17. Jahrgang mit 22 Studierenden aus 17 verschiedenen Ländern sein Studium im neu akzentuierten Studiengang am ZEI auf.

Lehre

Professor Dr. Christian Koenig

Im Studienjahr 2013/2014 unterrichtete Professor Dr. Christian Koenig im Rahmen des Masters of European Studies die Veranstaltungen „Introduction to the EC Competition Law“ sowie „Regulation of European Core Markets and Liberalization of State Monopolies“.

Vorlesungsbegleitend betreute er insgesamt zehn Tutorien u. a. zu den Grundlagen der Erstellung von Masterarbeiten, den Grundlagen und Methoden der Regulierung von Netzwirtschaften sowie praktischer Auswirkungen der Regulierungsinstrumente anhand konkreter Fälle.

An der Juristischen Fakultät lehrte Professor Dr. Koenig im Sommersemester 2014 „Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht“, „Europäisches Wirtschaftsrecht mit Beihilfenrecht“ und die „Übungen im Öffentlichen Recht“. Im Wintersemester 2014/2015 lehrte Herr Prof. Dr. Christian Koenig „Allgemeines Verwaltungsrecht“ und „Grundzüge des Europarechts“.

Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Im Rahmen des ZEI Masterprogramms unterrichtete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Studienjahr 2013/2014 den Grundkurs „Governance in the EU: Historic evolution and political system“ sowie im Studienjahr 2014/2015 einen Grundkurs zum Thema „Governance in the EU: Historic evolution and political system“. In beiden Studienjahren führte er zudem ein regelmäßiges Kolloquium für die Master-Examenskandidaten durch und koordinierte zwei Aufbaukurse zu den EU-Außenbeziehungen.

Im Rahmen der grundständigen Lehre an der Universität Bonn hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt für den Bachelor-Studiengang sowie interessierte Hörer aller Fakultäten im Wintersemester 2013/2014 die Vorlesung „Die Europäische Union im internationalen System“ und gab für den Masterstudiengang das Seminar „EU-Afrika-Beziehungen als Element der Neuordnung der Weltpolitik“. Im Sommersemester 2014 führte Prof. Dr. Kühnhardt das Seminar „EU-Afrika-Beziehungen als Element der Neuordnung der Weltpolitik“ für den Bachelor-Studiengang und das Seminar „Die Entwicklung der europäischen Integrationstheorie“ für den Masterstudiengang durch. „Region-Building – Regionalintegration als weltweites Strukturmerkmal der internationalen Beziehungen“ war das Thema des Seminars für den Bachelorstudiengang im Wintersemester 2014/2015 sowie „Die Europäische Union und die Zukunft der AKP-Staaten“ für den Masterstudiengang.

Daneben hielt Prof. Dr. Kühnhardt im Wintersemester 2013/2014, im Sommersemester 2014 und im Wintersemester 2014/2015 regelmäßig ein Kolloquium für Examenskandidaten ab. Er betreute und begutachtete Bachelor- und Masterarbeiten und stand den Studenten des ZEI und des Instituts für Politische Wissenschaft und So-

ziologie im Rahmen seiner Sprechstunden zu regelmäßigen wöchentlichen Beratungsgesprächen zur Verfügung.

Thorsten Kim Schreiwes

ZEI-Mitarbeiter Thorsten Kim Schreiwes hat im Rahmen seines Lehrauftrages am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn im Sommersemester 2014 ein Seminar zu „Grundsätzlichen und aktuellen Fragen der europäischen Integration“ durchgeführt. „An der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl hielt er im Wintersemester 2013/2014 ein Vertiefungsseminar zum Thema „Staatsrecht und Politik“, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, und im Sommersemester 2014 ein Seminar im Grundkurs zum Thema „Zentralbereich“, Fachbereich Nachrichtendienste.

Publikationen

Regelmäßige Publikationen vermitteln laufende und abgeschlossene Forschungsarbeiten mit Anspruch auf Praxisrelevanz an ein breit etabliertes Netzwerk in ganz Europa und weit darüber hinaus. Das wissenschaftliche Veröffentlichungsprogramm des ZEI und seiner Mitarbeiter folgt drei zentralen Kriterien:

- hohe wissenschaftliche Qualität
- optimale Vermittlung zwischen Theorie und Praxis
- nachhaltige Stärkung von Profil und Reputation des ZEI.

Bei der Verfolgung dieser Ziele tragen das ZEI und seine Mitarbeiter überdies der Tatsache Rechnung, dass in den unterschiedlichen Wissenskulturen, die im ZEI zusammenkommen, unterschiedliche Publikationsphilosophien und -märkte bestehen:

- Im Bereich der Rechtswissenschaften prägen nach wie vor nationale Rechtskulturen die Publikationen zu europarechtlichen Themen, während neben Lehrbüchern hoch spezialisierte Fachthemen Gegenstand eigener Zeitschriften sind – zumeist mit Praxisorientierung und -nachfrage.
- Im Bereich der Politikwissenschaft, wie der Geistes- und Kulturwissenschaften insgesamt, überlagern sich unterschiedliche Publikationskulturen infolge unterschiedlicher normativer Zielsetzungen (hohe Bedeutung von Buchveröffentlichungen; peer review-basierte Zeitschriften für eine jeweils enge academic community; populärwissenschaftliche Zeitschriften mit politikberatender Intention und größerer Breitenwirkung; themenspezifische Fachjournale, sowohl mit nationalem wie mit weltweitem Radius; Publikumszeitungen, Newsletter auf Internetbasis).

Das ZEI und seine Mitarbeiter publizieren daher seit Beginn des Bestehens des ZEI in den unterschiedlichen Milieus und auf den unterschiedlichen wissenschaftlichen Märkten sowie im Bereich des praxisorientierten wissenschaftlichen Beratungswesens.

ZEI-interne Publikationen

ZEI Discussion Paper

Günter Verheugen, Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler, ZEI Discussion Paper C221/2014.

Simon Perger, Regionale Integration in der arabischen Welt – eine neofunktionalistische Analyse, ZEI Discussion Paper C222/2014.

Ludger Kühnhardt, Gibt es eine politische Philosophie der Europäischen Union? ZEI Discussion Paper C223/2014.

Christina Wunder, Communication and Campaigning in European Citizens' Initiatives, ZEI Discussion Paper, C224/2014.

Ludger Kühnhardt, Die proto-konstitutionelle Etablierung der europäischen Innenpolitik, ZEI Discussion Paper, C225/2014.

Lothar Rühl, European Foreign and Security Policy since the Lisbon Treaty – From Common to single?, ZEI Discussion Paper, C226/2014.

WAI-ZEI Paper

Olusegun A. Omisakin: Regional Institutions and Policy Formulation Processes. A Comparative Assessment of ECOWAS, the EU and ASEAN, WAI-ZEI Paper No.1, 2013.

Charlotte King and Jon Marks, European-West African Relations in the Field of Energy – Obstacles to a sustainable approach, WAI-ZEI Paper No. 11, 2014.

Isabelle Rabaud, Measuring the Costs and Benefits of Liberalization of Trade in Services: Lessons for Regional Integration and Sectoral Policies, WAI-ZEI Paper No. 12, 2014.

Jérôme Joubert, Negotiating Service Liberalization at Regional Level – The Case of West Africa/Négocier la libéralisation des services à un niveau régional – Application aux pays de l'Afrique de l'Ouest, WAI-ZEI Paper No. 13, 2014.

Volker Nitsch, International Trade in Services – Data, Issues, Findings, and Recommendations, WAI-ZEI Paper No. 14, 2014.

Beejaye Kokil, Cross-country Data Analysis of Services Trade – Data Availability and Harmonization in West Africa, WAI-ZEI Paper No. 15, 2014.

Felix Fofana N'Zué, Formulating a Regional Policy for Energy and Technology/Innovation: What Role for Taxation? WAI-ZEI Paper No. 16, 2014.

Ablam Benjamin Akoutou/Rike Sohn/Matthias Vogl/Daniel Yeboah, Understanding Regional Integration in West Africa – A Multi-Thematic and Comparative Analysis, WAI-ZEI Paper No. 17, 2014 (ebenfalls erhältlich in Französisch und Portugiesisch).

Céline Bas, Aspects fiscaux de la formulation de la politique énergétique européenne, WAI-ZEI Paper No. 18, 2014.

Quentin de Roquefeuil, EPA negotiations are (almost, finally) over. What next? WAI-ZEI Paper No. 19, 2014.

Regional Integration Observer (RIO)

Vogl, Matthias/Akoutou, Benjamin (Hrsg.), Regional Integration Observer, Vol. 2, No. 1, June 2014.

Vogl, Matthias/Akoutou, Benjamin (Hrsg.), Regional Integration Observer, Vol. 2, No. 2, October 2014.

Future of Europe Observer (FEO)

Thorsten Kim Schreiweis (Hrsg.), Future of Europe Observer, Vol. 2, No. 1, February 2014.

Thorsten Kim Schreiweis (Hrsg.), Future of Europe Observer, Vol. 2, No. 2, June 2014.

Sally Brammer (Hrsg.), Future of Europe Observer, Vol. 2, No. 3, November 2014.

Alle ZEI Publikationen können auf der Homepage des ZEI (www.zei.de) heruntergeladen werden.

Aufsätze in ZEI Publikationen

Kühnhardt, Ludger, Preface (mit Djeneba Traore), in: Ablam Benjamin Akoutou/Rike Sohn/Matthias Vogl/Daniel Yeboah (eds.), Understanding Regional Integration in West Africa – A Multi-Thematic and Comparative Analysis, WAI-ZEI Paper, No.17, Bonn/Praia, 2014, 3f (auch erhältlich in Französisch und Portugiesisch unter den Titeln „Comprendre l'intégration régionale en Afrique de l'Ouest – Une analyse multithématique et comparative“ und „Compreender a integração regional na África Ocidental – Uma análise multitemática e comparativa“.

Schreiweis, Thorsten, „European Top Jobs after the European Elections“, in Regional Integration Observer, Vol. 2, No. 2, Praia/Bonn, June 2014.

Sohn, Rike/Vogl, Matthias/Akoutou, Ablam Benjamin/Yeboah, Daniel, Introduction, in: Sohn/Vogl/Akoutou/Yeboah (eds.), Understanding Regional Integration in West-Africa – A Multi-Thematic and Comparative Analysis, WAI-ZEI-Paper, No. 17, Praia/Bonn, 2014 (auch in französischer und portugiesischer Sprache erhältlich).

Watkins, Sally, „A view from DownUnder“, in: Future of Europe Observer, Vol. 2., No.2, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2014, 7–8.

Sohn, Rike, Mega-regionals vs. the global South – Why ECOWAS should care about the US-EU Free Trade Agreement, in: Regional Integration Observer, Vol. 2, No. 2, Praia/Bonn, June 2014.

Vogl, Matthias, Africa – A new Political Priority for Germany? in: Regional Integration Observer, Vol. 2, No. 1, Praia/Bonn, June 2014.

Externe Publikationen der ZEI-Mitarbeiter

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Aufsätze

Ghazarian, Lucyne / Koenig, Christian: „Wirtschaftliche Auslegung der Bürgschaftsmitteilung“ BRZ 4/2014, Seiten 187–191

Koenig, Christian: „Where is State Aid Law heading to?“ EStAL 4/2014, Editorial

Koenig, Christian / Meyer, Matti: „EU-Beihilfenkontrolle und nationales Strafrecht“ NJW 49/2014, Seiten 3547-3552

Koenig, Christian / Meyer, Matti: „Die Aufnahme von Presseerzeugnissen auf Google-Oberflächen aufgrund von erzwungenen „Gratislizenzen“ – ein Marktmachtmissbrauch?“ K&R 12/2014, Seiten 765-771

Koenig, Christian / Schramm Franziska: „Beihilfenrechtliche Bewertung der Stromnetzentgeltbefreiungen nach § 19 Abs. 2 StromNEV (a.F.) und der EEG-Umlagemechanismen im Lichte der jüngsten Eröffnungsbeschlüsse der Europäischen Kommission“, Tagungsband Bonner Gespräch zum Energierecht, Seiten 22-44

Koenig, Christian / Schramm Franziska: „Exemptions for large-scale energy consumers under state aid scrutiny (Germany)“, Journal of European Competition Law & Practice, 5/2014, 9 pages

Ghazarian, Lucyne / Koenig, Christian: „Protection of Regulatory Data Relating to Medicinal Products for Human Use – Renewed Marketing Authorisations, Subsequent GMAs and Efficient Legal Protection“ GRURInt 11/2014, Seiten 1012-1017

Koenig, Christian: „Zu guter Letzt bleibt der Grat zwischen Erforderlichkeit und hoheitlicher Anmaßung von Regulierung schmal – auch gegenüber Google!“ N&R 5/2014, letzte Seite

Ghazarian, Lucyne / Koenig, Christian: „Beihilfenrestitution bei zahlungs- und insolvenzunfähigen Körperschaften“, BRZ 3/2014, Seiten 131–138

Koenig, Christian: „Zu guter Letzt verbietet die Warenverkehrsfreiheit eine rein inländische Grünstromförderung!“, N&R 3&4/2014, letzte Seite

Koenig, Christian / Schramm, Franziska: „Die Regulierung von Flughafenentgelten“, N&R 5/2014, Seiten 232-239

Koenig, Christian / Schramm, Franziska: „The Regulation of Airport Charges - Transparency Requirements for the Consultation and Approval of Airport Charges under the EU Directive 2009/12/EC and Section 19b of the German Air Traffic Act“ ENLR 3/2014, Seiten 220-231

Koenig, Christian: „Folgerichtigkeit - das Leitmotiv jeder kohärenten Glücksspielregelung...und Rechtsprechung!“, ZfWG 2/2014, Editorial

Koenig, Christian: „Ohne Ausnahme“, Gastkommentar Wirtschaft und Politik, in: Handelsblatt, Nr. 024, 4. Februar 2014, 13.

Koenig, Christian/Meyer, Matti: „Online Gambling Provider under the Laws' Scrutiny against Money Laundering – Sec. 9c para. 4 GwGErgG as a Federal mean to establish the Residualmonopoly“, Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht 2/2014, S. 85–92

Ghazarian, Lucyne/Koenig, Christian: „Nachweis und Begründung der Zweckmäßigkeit einer Arzneimitteldosierung im Nachzulassungsverfahren des AMG“, Pharma Recht 5/2014, S. 181–188

Koenig, Christian/Förtsch, Beate: „Gilt die Wende des BGH in seiner EU-beihilfenrechtlichen Nichtigkeitsrechtsprechung auch öffentlichen Garantieübernahmen?“, Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht 2/2014, S. 61–67

Koenig, Christian: „Zu guter Letzt reguliert die Europäische Kommission durch ihre Beihilfekontrolle den Umlagen- und Befreiungssirrsinn im EEG!“, Netzwirtschaften und Recht 2/2014, letzte Seite

Koenig, Christian: „Bindung nationaler Gerichte an Kommissionsbeschlüsse zur Eröffnung des förmlichen Beihilfeprüfverfahrens“, Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht 1/2014, erste Seite

Koenig, Christian: „Zu guter Letzt kommen auch Flughäfen unter das Messer der Entgeltregulierung!“, Netzwirtschaften und Recht 1/2014, letzte Seite

Koenig, Christian: „Gewährträgerhaftung für eine rekommunalisierte Energieversorgung und den Netzbetrieb? Ein EU-beihilfenrechtliches No-Go!“, InfrastrukturRecht 12/2013, S. 338–342

Sonstige Veröffentlichungen

Koenig, Christian: „Gefährliche Konfrontation – Im Streit um den Ökostrom steigt der Einigungsdruck“, FAZ, 26. Februar 2014, S. 19

Koenig, Christian: „Ein EEG-Deal mit der EU-Kommission muss gültige Spielregeln beachten“ (Gastkommentar), Handelsblatt, 4. Februar 2014

Koenig, Christian: „Ein Luxemburger Urteil mit brisanter Breitenwirkung“, FAZ, 4. Dezember 2013, S. 19

Koenig, Christian: „Gefährliche Konfrontation – Im Streit um den Ökostrom steigt der Einigungsdruck“, FAZ, 26. Februar 2014, S. 19

Koenig, Christian: „Ein EEG-Deal mit der EU-Kommission muss gültige Spielregeln beachten“ (Gastkommentar), Handelsblatt, 4. Februar 2014

Bücher und Monografien

Haratsch/Koenig/Pechstein, Europarecht, 9., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Tübingen 2014, Verlag Mohr Siebeck, 775 S., ISBN 978-3-16-153193-4

Groebel/Katzschmann/Koenig/Lemberg (Hrsg.), Postrecht – Praxishandbuch für Regulierungsfragen, Frankfurt a. M. 2014, Deutscher Fachverlag – Fachmedien Recht und Wirtschaft, 782 S., ISBN 978-3-8005-1527-1

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Aufsätze, Buchbesprechungen

Kühnhardt, Ludger, Die Europa-Rettung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 64, 17. März 2014, 6.

Kühnhardt, Ludger, 'Learning community' for European-African partnership. Recipes for change at Brussels summit, in: The OMFIF Commentary, Vol. 5/Ed. 13.2, London, 26. März 2014. Online unter: www.omfif.org/intelligence/the-commentary/2014/march/learning-community-for-european-african-partnership/.

Kühnhardt, Ludger, Kontinent der Möglichkeiten, in: Die Tagespost, Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur, Würzburg, 29. März 2014, 8.

Kühnhardt, Ludger, Rezension „Europe in Crisis: Intellectuals and the European Idea, 1917-1957“, Mark Hewitson/Matthew D'Auria (eds.), New York: Berghahn Books, in: Canadian Journal of History, 49, spring-summer, 2014, 111-113.

Kühnhardt, Ludger, A Call for the United States to Rediscover Its Ideals. What can George Washington and Elvis Presley teach U.S. policymakers about the value of modesty as a tool of powerful multilateralism? The Globalist, Washington D.C., 24. Mai 2014. Online unter: www.theglobalist.com/a-call-for-the-united-states-to-rediscover-its-ideals/.

Kühnhardt, Ludger, Ko to tamo glasa (Who is voting over there?), in: VREME, Belgrad, 29. Mai 2014, 72-75.

Kühnhardt, Ludger, Counterpoint: Germany's Exit from History? Is Germany burying its head in the sand when confronted with the headwinds of the real world? The Globalist, Washington D.C., 14. Juni 2014. Online unter: www.theglobalist.com/counterpoint-germanys-exit-from-history/.

Kühnhardt, Ludger, Europas unvollendete Erkenntnis, in: General-Anzeiger, Bonn, 28./29. Juni 2014, 1.

Kühnhardt, Ludger, Der Eurooptimist, in: Politicum, Magazin der Fachschaft Politik und Soziologie der Universität Bonn, Sommer 2014, 6-7.

Kühnhardt, Ludger, Das außenpolitische Erwachen der Europäischen Union. Die Konsequenzen aus der Krim-Krise und den Umwälzungen in der arabischen Welt, in: Rotary-Magazin, 4/2014, 32-35.

Kühnhardt, Ludger, Africa as a Global Test Case. Has the time for a new global approach to Africa finally arrived? The Globalist, Washington D.C., 21. Juni 2014. Online unter: www.theglobalist.com/africa-as-a-global-test-case/.

Kühnhardt, Ludger, The Atlantic Civilization and its Enemies. Squeezed between a self-destructive Russia and Arab World, Western Nations need to focus on their roots, The Globalist, Washington D.C., 25. September 2014. Online unter: www.theglobalist.com/the-atlantic-civilization-and-its-enemies/.

Kühnhardt, Ludger, The Achilles Heel of the West. Tolerance is no purpose in itself, but a precondition for reconciling truth and liberty, The Globalist, Washington D.C., 28. September 2014. Online unter: www.theglobalist.com/the-achilles-heel-of-the-west/.

Kühnhardt, Ludger, Eurasian Heartland or Atlantic Civilization: The Ukrainian War of Cultures, American Institute for Contemporary German Studies, Johns Hopkins University, Washington D.C., 1. Oktober 2014. Online unter: www.aicgs.org/issue/eurasian-heartland-or-atlantic-civilization-the-ukrainian-war-of-cultures/.

Kühnhardt, Ludger, Ukraine: Survival as a Human Right. Ahead of a decisive winter, Ukraine faces a difficult battle without strong support from the West, The Globalist, Washington D.C., 7. Oktober 2014. Online unter: www.theglobalist.com/ukraine-survival-a-human-right/.

Kühnhardt, Ludger, Not Cold War II, But Toward World War III? Putin is not the only problematic character on the global stage, The Globalist, Washington D.C., 15. November 2014. Online unter: www.theglobalist.com/not-cold-war-ii-but-toward-world-war-iii/.

Kühnhardt, Ludger, The World's New Thirty Years War. How to shape a coherent long-term Western strategy for the age of new global violence, The Globalist, Washington D.C., 16. November 2014. Online unter: www.theglobalist.com/world-new-thirty-years-war/

Kühnhardt, Ludger, How the EU can deal with chaos on its borders. New Commissioner should strive to eliminate his own job, in: The OMFIF Commentary, Vol. 5/Ed. 47.2, London, 20. November 2014. Online unter: www.omfif.org/intelligence/the-commentary/2014/november/how-the-eu-can-deal-with-chaos-on-its-borders/.

Vogl, Matthias, Europäische Afrikapolitik mit deutschem Beitrag, Blog im Rahmen der Initiative des Auswärtigen Amtes, „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“, Berlin, Dezember 2014.

Veranstaltungen

Konferenzen und Seminare

13. Januar 2014

4. Bonner Regulierungstreff, ZEI gemeinsam mit dem Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht (ITM) der Universität Münster und der E-Plus Gruppe.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

27./28. März 2014

4. Studiengruppentreffen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“ zum Thema „Welche Zukunft für die EU-Afrika Partnerschaft?“.

Universität Avignon

13. Mai 2014

Roundtable mit Wissenschaftlern der Universidade Eduardo Mondlane, Maputo, Mozambique zum Thema „Regional Integration (SADC)“.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

6. Juni 2014

Informationsbesuch von Studenten School of Public and International Affairs der Azerbaijan Diplomatic Academy (ADA) in Baku zum Thema „Europas aktuelle innenpolitische Lage und die Rolle der EU in der Welt“.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

8./9. September 2014

5. Studiengruppentreffen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“ zum Thema „Migration und Zivilgesellschaft als Entwicklungsfaktoren im regionalen Kontext“.

Außenministerium Kap Verde, Praia

17. Oktober 2014

Workshop „NATO Global Perceptions – Views from Asia-Pacific region“, in Kooperation mit der University of Canterbury, New Zealand.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

21. November 2014

Europa Dialog, „Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA“, Henry-Kissinger-Professor J. D. Bindenagel.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

Vorträge, Interviews, Konferenzteilnahmen

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

3.–4. November 2013

Energierichtstagung Schloss Lerbach

Vortrag: „Beihilfenrechtliche Grenzen für nationale regulatorische Maßnahmen in der Energiewirtschaft“

14. November 2013

ENLR Launch Conference in Brüssel

15. November 2013

Tagung Energiericht im Hotel Maritim Köln

26. November 2013

Euroforum: Grundkurs Beihilfenrecht in Düsseldorf

21.–23. Januar 2014

21. Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft in Berlin

Vortrag: „EU-Beihilfeverfahren gegen die EEG-Umlageteilbefreiungen energieintensiver Industrieunternehmen“

25. März 2014

EPPPL (European Procurement & Public Private Partnership Law): Konferenz in Brüssel

27. März 2014

WAI-ZEI-Konferenz in Avignon

Vortrag: „Liberalisation and Regulation in Regional Integration“

1. April 2014

Regulierungskonferenz auf dem Petersberg

23. Mai 2014

EStALI (European State Aid Law Institute): Jahreskonferenz in Brüssel
Chair Session II

4. Juni 2014

Euroforum: Crashkurs Beihilfenrecht in Berlin

Vortrag: „Folgen eines Verstoßes gegen das Durchführungsgebot – Nichtigkeitsrisiken bei beihilfebefangenen Rechtsgeschäften“

24.–26. Juni 2014

12. Euroforum-Jahrestagung Beihilfenrecht in Berlin

Vorsitz

Vortrag: „Neue beihilfenrechtliche Akzente der Förderung von Sporteinrichtungen“

25.–27. August 2014

Handelsblatt Jahrestagung Erneuerbare Energien, Berlin

10. September 2014

Euroforum: Crashkurs Beihilfenrecht in Düsseldorf

Vortrag: „Konsequenzen eines Verstoßes gegen Art. 108 Abs. 3 AEUV und bzw. die Rückforderungsproblematik“.

29.09.–01.10

State Aid Conference in Bulgarien/Sofia

2. Oktober 2014

Vortrag in London: „Tax Challenges in Europe“

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

5.–8. Januar 2014

Seminar zum Thema „Region-Building“ an der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies Malta (MEDAC).

Malta

13. Januar 2014

Vortrag, 4. Bonner Regulierungstreffen.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

27.–29. Januar 2014

Seminar zum Thema „Region Building“ an der Katholischen Universität, Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali (ASERI).

Mailand

14. Februar 2014

Interview, Uni Radio Bonn.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

17. Februar – 1. März 2014

Feldforschungen und Vorträge zu den Beziehungen Europa-Afrika.

Madagaskar, Komoren, Mayotte, Réunion, Mauritius

21. Februar 2014

Vortrag „Problèmes actuels au de l'UE et son intégration“.

Residenz Deutsche Botschaft Antananarivo, Madagaskar

28. Februar 2014

Vortrag „Regional Integration in Eastern and Southern Africa“.

Außenministerium Port Louis, Mauritius

10.–12. März 2014

Seminar zum Thema „Region Building“ an der Diplomatischen Akademie Wien.

Wien

17. März 2014

Vortrag „Transformation of societies: Theory and project practice“, Afrika-Tage Berlin.

Berlin Congress Center

21. März 2014

Vortrag „Nation Europa“ im Rahmen der Konferenz „Europa- woher, wohin? Eine philosophische Perspektive“ der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bildungszentrum Schloss Eichholz, Wesseling

27./28. März 2014

Teilnahme 4. WAI-ZEI Studiengruppentreffen.

Universität Avignon, Frankreich

6./7. Mai 2014

Teilnahme „Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“, Konferenz des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Historisches Rathaus Breslau, Polen

8./9. Mai 2014

Vortrag „Gibt es eine politische Philosophie der Europäischen Union?“ auf einem Kolloquium zu Ehren von Prof. Marek Siemek „Auf der Suche nach der verlorenen Vernunft“.

Universität Warschau, Zakopane, Polen

10. Mai 2014

Vortrag bei einem Kolloquium zu Ehren von Prof. Hans-Peter Schwarz.

Universität Bonn

13. Mai 2014

Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Liebe ohne Wissen? Europa und die junge Generation“ der Aktion Gemeinsinn e.V. in Zusammenarbeit mit der Abteilung Medienwissenschaft der Uni Bonn.

Universität Bonn

16. Mai 2014

OMFIF Telephone Briefing, „Europe votes: What is at stake?“

19. Mai 2014

Diskussionsleitung „Vom Europa der 6 zum Europa der 28 – Ist die Europäische Union noch eine Wertegemeinschaft?“, 12. Joseph-Höffner-Vorlesung, Uni Bonn in Verbindung mit der Joseph-Höffner-Gesellschaft und dem Universitätsclub.

Universitätsclub Bonn

22. Mai 2014

Teilnahme an Hangout-Diskussion zu Europa (Europa-Special).

Deutsche Welle, Bonn

28./29. Mai 2014

Teilnahme am Karlspreis-Europa-Forum „Europa 2.0: Wer, warum und wohin?“ der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen und an dem Festakt zur Verleihung des Karlspreises an Herman Van Rompuy.

Krönungssaal des Aachener Rathauses

1.–4. Juni 2014

Vortrag „World War I and its lessons for Europe and beyond“ zum Thema des Gedenkjahres 2014 mit Unterstützung des Vortragsprogramms der Bundesregierung ‚Dialog mit Deutschland‘.

Universität Botswana, Gaborone

11.–14. Juni 2014

Buchvorstellung „Africa Consensus: New Interests, Initiatives and Partners“, Global Europe.

Woodrow Wilson Center, Washington D.C.

16. Juni 2014

Podiumsteilnehmer „Europa – Quo Vadis?“, Diskussionsveranstaltung der katholischen Hochschulgemeinde Bonn.

Bonn

1. Juli 2014

Diskussionsteilnehmer „Europa nach der Wahl“, Deutsch-Französische Gesellschaft Bonn und Rhein Sieg.

Vertretung der europäischen Kommission Bonn

5.–9. Juli 2014

Arbeitstreffen der WAI-ZEI-Research Cooperation.
West Africa Institute, Praia, Kap Verde

14./15. Juli 2014

Gespräche zur Bedeutung der Globalisierung für Europa.
Hamburg

5.–10. September 2014

Teilnahme 5. WAI-ZEI Studiengruppentreffen.
Außenministerium, Praia, Kap Verde

15.–19. September 2014

Vortrag im Europa Club in der Zentrale der Unicredit Bank Hungary, Budapest und
Diskussionsteilnahme am Panel „Demokratische Partizipation und Zivilgesellschaft:
Die Vielfalt der deutsch-ungarischen Beziehungen anhand von Projekten und best
practices aus Kultur, Wissenschaft, Städtepartnerschaften“ des Deutsch-
Ungarischen Forums in der Repräsentanz Magyar Telekom Nyrt.
Budapest

1.–3. Oktober 2014

Teilnahme an der Euro-Mediterranean Studies Commission (EuroMeSCo) Jahresta-
gung.
Barcelona/Tarragona

9./10. Oktober 2014

Vortrag und Teilnahme Panel Discussion „Cold War II? Russia and the West“ im
Rahmen der Konferenz “Transatlantic Relations at a Time of Crisis: Common Threats
– Different Responses?, Global Europe Program, Woodrow Wilson Center Rom.
Center for American Studies (CAS), Rom

28. Oktober 2014

Interview Deutsche Welle/Tuzlarije-Vijesti, „Koliko je još EU atraktivna?“

06. November 2014

Teilnahme Haniel-Lecture „Frankreichs Rolle in Europa“.
Haniel Akademie, Duisburg

24. Oktober 2014

Interview zum Thema „The Atlantic Civilization and its enemies“.
Australian Radio National

12. November 2014

Teilnahme Panel „A troubled neighborhood. European security in times of energy
independence and endemic instability in the Middle East“, im Rahmen des “Transat-
lantic Dialogue 2014“, Silver Wedding Deutsche Atlantische Gesellschaft.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.

18. November 2014

Fachgespräche bei der EU-Kommission und dem AKP-Generalsekretariat
Brüssel

2./3. Dezember 2014

Teilnahme Panel „The Mediterranean in Transition“, im Rahmen des MEDAC's 25th
Anniversary.
Corinthia, St. Julians, Malta

17. Dezember 2014

Hörfunkinterview zum Thema „Arbeitsprogramm der neuen europäischen Kommission“.

Saarländischer Rundfunk, SR 2, Kulturradio

Sally Brammer

29./30. September 2014

Vortrag „Mainstreaming Regional Integration in Academic Programs and Research in West Africa: A case for the African Regional Integration Masters at UNICV and WAI“, im Rahmen des Workshops „The Role of Higher Education in regional Integration in West Africa“.

Praia, Kap Verde

Thorsten Kim Schreiweis

17. Juni 2014

Teilnahme an einem Ringseminar der Fachschaft Politik und Gesellschaft der Universität Bonn zu den Folgen der Europawahl.

Bonn

02./16./30. Juli 2014

Vortrag zum Thema „Ukraine – ein Testfall für die europäische Außenpolitik“, im Rahmen der Konrad Adenauer Summer School „Europa entdecken“.

Schloss Eichholz/Wesseling

01. September 2014

Vortrag „Wie demokratisch ist die EU? Was ist an der Kritik der Euroskeptiker dran?“ im Rahmen der KAS-Veranstaltung „Wo steht die EU nach der Wahl?“

Schloss Eichholz/Wesseling

Rike Sohn

27./28. März 2014

Teilnahme am 4. Studiengruppentreffen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“.

Universität Avignon

8./9. September 2014

Teilnahme am 5. Studiengruppentreffen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“.

Außenministerium Kap Verde, Praia

20. September 2014

Teilnahme Podiumsdiskussion zum Thema „Alternative Entwicklungszusammenarbeit oder Alternativen zur Entwicklungszusammenarbeit“, Grüne Jugend.

Eberswalde

8.–10. Oktober 2014

Teilnahme am Executive Training Seminar „Comparing Regional Integration Institutions: America, Africa and Asia“.

European University Institute, San Domenico di Fiesole.

Matthias Vogl

20. Mai 2014

Teilnahme Seminar „Sicherheits Herausforderungen in Subsahara-Afrika im Überblick: Lösungsansätze und Zukunftsaussichten aus europäischer Perspektive“, Konrad-Adenauer-Stiftung für Bundeswehrangehörige: Zentralafrika.

Sportschule Hennef

25. Juni 2014

Teilnahme Seminar „Sicherheits Herausforderungen in Subsahara-Afrika im Überblick: Lösungsansätze und Zukunftsaussichten aus europäischer Perspektive“, Konrad-Adenauer-Stiftung für Bundeswehrangehörige: Politik auf dem Rückzug?

Staatszerfall und die Wechselwirkung von Politik und Ökonomie.

Schloss Eichholz

16. Juli 2014

Teilnahme European Summer Course zum Thema „EU as a Global Player“. Europäische Akademie Otzenhausen, Saarland

Mitarbeiter und Fellows

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Professor Dr. Christian Koenig

Professor Dr. Christian Koenig hat vom 1. Oktober 2014 bis zum 30. September 2016 die Geschäftsführung des ZEI inne.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Beate Förtsch	seit 21.09.2009
Dr. Matti Meyer	seit 01.01.2011
Lucyne Ghazarian	seit 01.01.2013
Franziska Schramm	seit 01.01.2013

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Birgit Löckenhoff	seit 01.11.2011
-------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Julien Lindner	seit 17.03.2011
Mimoza Beciri	seit 01.02.2012
David Muschiol	seit 01.10.2013
Anja Jäger	seit 15.02.2014
Vincent Schnell	seit 01.04.2014

Senior Fellows

Volker Bache, Bonn
Dr. Andreas Bartosch, KRB Kemmler Rapp Böhlke, Brüssel
Roland Doll, Deutsche Telekom, Bonn
Johanna Engström, European Commission, DG Justice, Unit B-1, Brüssel
Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Mara Hellstern, Justizdienst Land Hessen, Kassel
Tobias Katzschmann, Bundesnetzagentur, Bonn
Robert Klotz, Hunton & Williams, Brüssel
Dr. Alexander Koch, IRNIK GbR, Bonn
Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Regensburg
Nils H. Lemberg, Landgericht Köln
Dr. Eva-Maria Müller, Humboldt-Universität, Berlin
Andreas Neumann, IRNIK GbR, Bonn
Dr. René Alexander Pfromm, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Dr. Marion Romes, Deutsche Telekom AG, Bonn
Karolina Rokicka, Academy of European Law (ERA), Trier
Prof. Dr. Werner Rothengatter, Universität Karlsruhe
Dr. Margret Schellberg, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Dr. Kristina Schreiber, Loschelder Rechtsanwälte Köln
Dr. Christian Theobald, Becker Büttner Held, Berlin
Dr. Thomas Tschentscher, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Düsseldorf

Junior Fellows

Jens Daniel Braun, Thema: „Das deutsche Atomhaftungsrecht auf dem Prüfstand des EU-Beihilfenrechts“

Fabian Leinen, Thema: „Entflechtungsvorgaben im Recht der leitungsgebundenen Netzwirtschaften - Eine sektorenübergreifende Untersuchung“

Tobias Katzschmann, Thema: „Regulierungsrechtliche Auskunftsansprüche der Bundesnetzagentur de lege lata und de lege ferenda“

Katharina Müller, Thema: „Normung und Standardisierung aus der Sicht des europäischen Kartellrechts“

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Wiebke Drescher	01.07.2009–31.03.2014
Thorsten Kim Schreiweis	01.10.2012–30.09.2014
Matthias Vogl	seit 01.08.2008
Rike Sohn	seit 02.01.2013
Sally Watkins	seit 01.10.2013

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado	seit 01.01.2000
------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Nicolas Bickmann	04.08.2014–31.12.2014
Elisabeth Heinemann	03.02.2014–31.05.2014
Katja Lang	15.10.2013–31.03.2014
Frederike Müller	17.02.2014–31.08.2014
Maj-Lina Schoenrock	18.08.2014–19.12.2014
Katinka Schroeder	17.02.2014–31.05.2014
David Stockem	seit 17.02.2014
Bahia Albrecht (MES)	seit 02.01.2014
Katharina Boldt (MES)	seit 02.01.2014
Mariam Eichbüchler (MES)	seit 01.12.2014
Anne-Kathrin Krauel (MES)	03.12.2012–31.12.2014
Can Christoph Corsten (WAI)	seit 01.07.2013
Evgeni Goshev (WAI)	02.01.2014–31.12.2014

Praktikanten

Ingmar Matthias Schneider	01.03.–31.03.2014
Stefan Weicht	01.04.–31.04.2014

Senior Fellows

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University Ankara, Türkei
Dr. Stephen Calleya, Mediteranean Academy of Diplomatic Studies Malta
Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Nürnberg-Erlangen
Prof. Dr. Michael Gehler, Institut für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim
Prof. Dr. Peter van Ham, Netherlands Institute of International Relations, Den Haag
Dr. Klaus-Jörg Heynen, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn (a.D.)
Prof. Dr. Martin Holland, University of Canterbury
Prof. Dr. András Inotai, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest
Dr. Wolfram Kaiser, Universität Porthsmouth
Prof. Dr. Brigid Laffan, University College Dublin
Dr. Andreas Marchetti, politik-atelier, Bonn
Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr, München
Prof. Dr. Tilman Mayer, Universität Bonn
Prof. Dr. Ryszard Rapacki, Warsaw School of Economics, Warsaw
Dr. Dirk Rohtus, Lessius Hogeschool Antwerpen
Prof. Dr. Gert Straetmans, Universität Antwerpen
Prof. Dr. Daniel Tarschys, Universität Stockholm
Prof. Dr. John A.E. Vervaele, Universität Utrecht
Prof. Dr. Henri de Waele, Radboud University Nijmegen

Visiting Senior Fellows

Dr. Kun Hu
Institute of European Studies of Chinese Academy of Social Sciences, Beijing
Projekt: Aufbau und Verbesserung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Kontext der Euro-Krise

Prof. Dr. Matti Wiberg
University of Turku, Finnland
Projekt: European Political Research

Junior Fellows/Doktoranden

Carola Gegenbauer
Promotionsprojekt: Energiepolitik und der europäische Integrationsprozess – EU Energiepolitik von der Gründung der EGKS bis zur Roadmap 2050.

Thorsten Kim Schreiweis
Promotionsprojekt: Island und die Europäische Union. Eine Studie zur Erweiterung, Vertiefung und Integration der EU.

Matthias Vogl
Promotionsprojekt: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Europa und Afrika vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsbegriffs.

Malte Tim Zabel
Promotionsprojekt: Die Europäische Vertrauensfrage – Entwicklung und Facetten des Euroskeptizismus und seine Ausprägung in ausgewählten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Kooperationspartner des ZEI

Auswärtiges Amt, Berlin
Becker Büttner Held, Berlin
Bilkent Universität, Ankara
Brehm & v. Moers, Berlin
BUGLAS
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Internationales Büro
Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
Bundesnetzagentur
Bundesverband Glasfaseranschluss e. V. (BUGLAS)
CAN (General Secretariat of the Andean Community)
CARICOM (Caribbean Community and Common Market)
CEFIR (Centro de Formación para la Integración Regional), Montevideo, Uruguay
Center for European Studies, Sichuan University, China
Center for Modern Management, Shanghai
Centre Interdisciplinaire de Recherche Comparative en Sciences Sociales, Paris
CMS Hasche Sigle, Berlin
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
Deutsche Telekom AG
ECOWAS (Economic Community of West African States)
E-Plus
Euro-Mediterranean Study Commission (EuroMeSCo)
Europäische Kommission Brüssel
Freshfields Bruckhaus Deringer, Köln
Friedrich Ebert Stiftung
Fritz Thyssen Stiftung
Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Gleiss Lutz, Brüssel
Haniel-Stiftung
Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Haver & Mailänder, Brüssel
Humboldt-Universität, Berlin
Hunton & Williams, Brüssel
Institut français des relations internationales (ifri)
Institut für das Recht der Netzwirtschaften, Informations- und Kommunikationstechnologie (IRNIK) GbR
Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt gGmbH)
Konrad Adenauer Stiftung
Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel
Loschelder Rechtsanwälte, Köln
Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, University of Malta
Middle East Technical University, Ankara
Norton Rose LLP, Frankfurt
OECS (Organization of Eastern Caribbean States)
Price Waterhouse
SICA (El Sistema de la Integración Centroamericana)
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

UEMOA, Union économique et Monétaire Ouest Africaine
UNED, Universidad Estatal a Distancia, Costa Rica
Universität Regensburg
University of West Indies
UNU–CRIS, United Nations University-Comparative Regional Integration Studies,
Brügge
VATM
Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e. V. (VATM)
Vodafone
West Africa Institute Praia, Kap Verde